

Erscheint wöchentlich Freitags.
Zu beziehen nur durch die Post
zum Preise von 1,20 M., fürs
Ausland 1,50 M. vierteljährlich.

Sattler-

Inserate kosten 30 Pfennig pro
3gespaltene Zeile.
Bei Wiederholungen entsprechen-
der Rabatt.

und Portefeuille-Zeitung

Organ zur Wahrnehmung der Interessen aller in der Sattlerei und der gesamten
Lederverwarendindustrie und deren Nebenbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Nr. 44 .: 27. Jahrgang

Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Bräuden-
straße 10b .: Telefon: Ami Moritzplatz, 2120

Berlin, den 31. Oktober 1913

Inhalt: Beitragszahlung. — Die Rechtslage der
Heimarbeiter in Arbeitsverhältnis. — Kirche und Gewerk-
schaften in Deutschland. I. — Die Sage von Santos Ham-
mendem Herzen. — Organisiert eure Kaufkraft! — Die
Lohnbewegungen, Streiks und Ausperrungen im Jahre
1912 III. (Schluß). — Gewerkschaftsdisziplin. — Der chri-
stliche Fergilarbeiterverband in Köben. — Kein schöner Bei-
trag zur Vertragsstreue. — Der Bund deutscher Sattler-
innungen zerbröckelt. — Aus Handel und Industrie. —
Korrespondenzen. — Soziales. — Rumbschau. — Belant-
machung des Zentralvorstandes. — Bücherchau. — Adressen-
änderungen. — Sterbefälle. — Versammlungskalender. —
Anzeigen.

Für die Woche vom 2. bis 8. November
ist der 15. Verbandbeitrag fällig. Wer länger
als fünf Wochen mit seinen Beiträgen im
Rückstand ist, kann keinerlei Unterstützung aus
der Verbandskasse erhalten.

Die für die nächste Nummer bestimmten
Artikel müssen spätestens Sonnabendnachmittag
in Händen der Redaktion sein.

Die Rechtslage der Heimarbeiter im Arbeitsverhältnis.

Der Verlauf und der für die Heimarbeiter-
schaft günstige Ausgang des Prozesses gegen den
heimarbeitenden Portefeuille Arbeiter in Offen-
bach bezüglich seiner Gewerbesteuerpflicht hat
die wirtschaftsrechtliche Frage der Heimarbeiter
aufs Neue aufgerollt.

In der Gesetzgebung, gleichgültig, ob es sich
um das Konstruktionsgesetz, die Gewerbe-
beurteilung oder die Reichsversicherungsord-
nung handelt, nirgends ist der Begriff Heim-
arbeiter und Hausgewerbetreibender zweifels-
frei substantiiert, so daß es nicht ohne weiteres
feststeht, wer von den Außerhausarbeitern den
unselbständigen Heimarbeitern oder den selbstän-
digen Hausgewerbetreibenden zuzuzählen ist.
Eine Abgrenzung täte hier bitter not.

In den Kommentaren zu den einzelnen Ge-
setzen wird empfohlen, eine diesbezügliche Ent-
scheidung von Fall zu Fall zu treffen. Diesen
bequemen Ausweg benutzen die Gerichte, welche
dann je nach ihrer subjektiven Auffassung die ver-
schiedenen, oftmals sich widersprechenden Ur-
teile fällen.

Gebraucht ein Heimarbeiter bei der Fertigung
des Artikels ein eigenes Handwerkszeug, was,
nebenbei gesagt, jeder Werkstattarbeiter der
Portefeuillebranche auch tut, so ist dies nach
Ansicht einiger Gerichte schon ein entscheidendes
Merkmal, daß der Betreffende als selbständiger
Gewerbetreibender anzusprechen ist, und dem-
zufolge auch alle steuerlichen Pflichten eines
Gewerbetreibenden zu tragen hat. Andere Ge-
richte meinen wieder, das Selbstbestimmungs-
recht über Beginn und Schluß der täglichen Ar-
beitszeit spreche schon für die Bezeichnung Haus-
gewerbetreibender. Die Anwendung von Ma-
schinen (Steyppmaschine, Faltenbrechmaschine für

Rahmenjachen), Beschäftigung von Hilfskräf-
ten usw. sind oftmals zum Schaden des Be-
griffes Heimarbeiter ausschlaggebend. In we-
nigen Fällen lassen die Gerichte sich von der wirt-
schaftlichen Unselbständigkeit der Heimarbeiter
leiten und meinen, bei Prüfung des Einzelalles
sei das Maß der dem einzelnen zustehenden per-
sönlichen Unabhängigkeit in erster Linie zu
prüfen. Viel zu wenig wird die Abhängigkeit vom
Auftraggeber gewürdigt. Den Heimarbeitern
soll laut Tarif der gleiche Lohn wie den Werk-
stattarbeitern gezahlt werden, wozu noch eine
Vergütung für die aufgewandten Fertigkeiten
kommt. Die Außerhausarbeiter unterliegen oft-
mals der Fabrikordnung, ihnen wird die Liefe-
rungsfrist vorgeschrieben, und sie werden von
Fabrikanten oder ihren Beauftragten in ihren
Werkstätten kontrolliert. Außerdem tragen sie
kein geschäftliches Risiko. Gerade das letzte Mo-
ment sollte unserer Auffassung nach ausschlag-
gebend sein und müßte einmal von unserm Ver-
bande bis zur höchsten Instanz ausgeklagt
werden.

Die Gewerbesteuer ist nämlich gar nicht
billig. Sie beträgt im Kreise Teltow-Beeskow
1½ Proz. vom Einkommen. Auch müssen zur
Gewerbesteuer veranlagte Heimarbeiter Beiträge
an die Handwerkskammer oder wo Zwangs-
innungen bestehen, an diese zahlen. Wer dem
nicht nachkommt, wird in Strafe genommen. So
liegt vor uns eine Verfügung des Regierungs-
präsidenten aus Potsdam, wonach ein für einen
Berliner Lederverwarenfabrikanten beschäftigter
Heimarbeiter 160 M. Strafe nebst Kosten
zahlen soll, weil er kein Gewerbe nicht gemeldet
hat. Wenn eine große Zahl Heimarbeiter bis
heute zu dieser Steuer nicht herangezogen worden
ist, so dürfte es mit dem 1. Januar 1914 anders
werden, wenn die Kollegen nicht zeitig genug
Vorfrage treffen, diese arme Belastung zu ver-
hindern. Denn mit dem Inkrafttreten der
Reichsversicherung sind alle Fabrikanten ver-
pflichtet, Listen mit den genauen Adressen nebst
Verdiensten der bei ihnen beschäftigten Außer-
hausarbeiter der Behörde einzureichen und stän-
dig zu ergänzen. An der Hand dieser Listen
dürfte es dann der Steuerbehörde ein Leichtes
sein, alle Heimarbeiter zur Gewerbesteuer zu
veranlagern. So erheblich nun die Belastung der
so zu selbständigen Hausgewerbetreibenden ge-
stempelten Heimarbeiter durch die Gewerbe-
steuer auch ist, so ist sie allein doch noch nicht aus-
schlaggebend, wenn wir die Heimarbeiter vor-
sich einer Selbständigkeit schützen wollen.

Wenn die Heimarbeiter nämlich als Haus-
gewerbetreibende anzusprechen sind, fallen sie
nicht mehr unter den Titel VI des Bürgerlichen
Gesetzbuches (Dienstvertrag), sondern unter den
Titel VII, der vom Werkvertrag handelt. Was
das für den Heimarbeiter zu bedeuten hat, möge
beweisen, daß nach dem Dienstvertrage die Ent-
schädigung für geleistete Arbeit bis zur Höhe von
1500 M. pro Jahr unpfändbar ist. Nur die
Beiträge für gesetzliche Versicherungen, fällige

Steuern und Elemente dürfen vom Lohn abge-
zogen werden. Geht ein Unternehmer in Kon-
kurs, so ist der nach dem Werkvertrage fällige
Lohn keine bevorrechtigte Forderung. Nach dem
Dienstvertrage muß für alle fehlerlos gearbeiteten
Stücke der Lohn gezahlt werden, wogegen
nach dem Werkvertrage der Unternehmer sich an
dem ganzen gelieferten Posten schadlos halten
kann. Auch alle Arbeiterschutzvorschriften und die
Gewerbeordnung haben nur für den Geltung,
der dem Dienstvertrag unterstellt ist.

Unser Verband war schon immer bestrebt,
diesen arbeiter-schädigenden Zustand aus den Ge-
richten auszumergen. Gewiß sind unsere Vertre-
ter im Reichstage noch zu gering an Zahl, um
durchgreifende Reformen in dieser Beziehung zu
erzielen. Aber soweit die Lederverwarende in
Frage kommt, haben wir schon manch heftigen
Strauß mit den Unternehmern führen müssen,
ehe ihr sozialpolitisches Gewissen soweit geweckt
war, daß die heimarbeitenden Portefeuille in
bezug auf Bezahlung und Sozialversicherung
nicht mehr an letzter Stelle der deutschen In-
dustriearbeiter-schaft stehen. Es sei nur daran
erinnert, daß noch vor 12 Jahren die Offenbacher
Handelskammer in einem Gutachten an die Re-
gierung erklärte, daß es in der Offenbacher Por-
tefeuilleindustrie überhaupt keine Heimarbeiter
gebe, sie seien alle selbständige Gewerbetreibende
und die Gewerbeordnung finde keine Anwen-
dung. Sie seien nicht versicherungspflichtig in
bezug auf Invaliden- und Krankenversicherung.
Wörtlich heißt es dann in dem Gutachten: „Es
liege deshalb die Veranlassung vor,
sich gegen die Versuche, die Hausge-
werbetreibenden der Portefeuille-
und Sattlerwarendindustrie in
Offenbach, Frankfurt a. M. und Um-
gebung zu Heimarbeitern zu stem-
peln, auf das nachdrücklichste zu wi-
dersetzen.“ An anderer Stelle dieses Gut-
achtens wird unserer damaligen Organisation
der Vorwurf gemacht, sie wolle nur deshalb die
„Hausgewerbetreibenden“ zu Heimarbeitern
stempeln, um sie besser unter ihre Botmäßigkeit
zu bringen. Doch all das konnte nicht verhin-
dern, daß infolge des organisatorischen Druckes
Vertreter der Unternehmervereinigung und un-
seres Verbandes im Reichsamt des Innern vor-
gestellt wurden, den Bundesrat zu eruchen, die
Heimarbeiter der Portefeuilleindustrie der Ver-
sicherungspflicht zu unterstellen. Soweit die
Krankenversicherung in Betracht kommt, ist diese
Frage ab 1. Januar 1914 generell geregelt, wo-
hingegen der Bundesrat es noch nicht für not-
wendig gefunden hat, trotz Einmütigkeit und
Wunsch der Beteiligten von seinem Rechte Ge-
brauch zu machen und die Invalidenversicherung
auf die Heimarbeiter auszudehnen. Es blieb
auch hier unserm Verbande vorbehalten, durch
tarifliche Abmachungen die Unternehmer zur
Beitragszahlung für solche Heimarbeiter zu ver-
pflichten, die sich freiwillig zur Invalidenver-
sicherung melden.

Hat unser Verband auf diesem Gebiete manch schönen Erfolge erzielt, worüber allgemein wohl Zufriedenheit herrscht, so ist doch noch nicht die Frage: „Sind die Heimarbeiter gewerbestenerpflichtig?“ ungelöst. Unser Mahnen, gegen solche Veranlagung mit Jubiläumnahme unseres Rechtsschutzes zu protestieren, ist bis auf den Fall Futh ohne Erfolg geblieben. Ein Kollege in einem Berliner Vorort hat auf eigene Faust gegen die Veranlagung protestiert, ist aber nicht den Justizwegen bis zu Ende gegangen und muß nun ganz erhebliche Beträge bledien. Ein Gutes hat aber der Fall Futh gezeitigt. Unsere Offenbacher Heimarbeiter petitionieren jetzt gegen die Veranlagung zur Gewerbesteuer. Hoffentlich kommt die heftige Reiterung zu dem Resultat, daß es nicht angängig ist, von dieser an sich schon schwachen Arbeiterkategorie noch Ertragssteuern zu erheben. Aber mit dieser Petition allein ist es nicht getan. Wir halten daran fest, daß alle Aushausarbeiter, die nur gegen Lohn beschäftigt werden und kein geschäftliches Risiko zu tragen haben, Heimarbeiter sind, keine Gewerbesteuer zahlen brauchen und unter den Titel VI (Einkommen) des Vorkriegs-Gesetzbuches fallen.

Wir fordern unsere heimararbeitenden Portefeuillier auf, gegen jede Veranlagung zur Gewerbesteuer zu protestieren und sich aus den oben angeführten Gründen zu wehren, sich zu selbständigen Gewerbetreibenden stampeln zu lassen. Es wird Aufgabe unseres Verbandes sein, die Proteste bis zur höchsten Instanz durchzuführen und so unsere Kollegen vor Schäden zu bewahren.

Kirche und Gewerkschaften in Deutschland.

Von Dr. Erdmann, Mitglied des Deutschen Reichstages.

In einigen Staaten Europas, namentlich in Deutschland, gibt es neben der sozialistischen auch eine christliche Arbeiterbewegung. Es ist das eine Bewegung, an deren Schaffung Vertreter der katholischen Kirche und der liberalen Partei, die sich in Deutschland Zentrum nennt, gemeinsam beteiligt sind. Neuerdings wird versucht, dieser christlichen Arbeiterbewegung auch in den Vereinigten Staaten Eingang zu verschaffen. Abgeordnete der liberalen Partei Deutschlands, so der Zentrumsgewählte Giesberts, sind bereits in Amerika tätig gewesen, um dort die öffentliche Meinung und namentlich die Arbeiterklasse auf die neue Bewegung vorzubereiten. Es sind auch schon gewisse Einrichtungen getroffen und Agitatoren am Werk. Um soziale Studienzirkel zu schaffen und christliche Organisationen ins Leben zu rufen. Das hat wohl Veranlassung gegeben zu den vielerlei Anfragen über die christlichen Gewerkschaften in Deutschland, welche in letzter Zeit aus den Vereinigten Staaten an die deutsche gewerkschaftliche Landeszentrale, an die Generalkommission der Ge-

werkschaften Deutschlands gelangt sind. Den Fragestellern wie auch anderen Interessenten geben wir daher diese Darstellung über die Geschichte, die Tatkraft und das Programm der christlichen Arbeiterbewegung. Hier sei vorweg bemerkt, daß es sich in selbigen nur handelt um die Arbeiterbewegung, die von katholischer Seite betrieben wird. Was in dieser Beziehung von evangelischer Seite geleistet wurde, ist zu geringfügig, um besondere Beachtung zu verdienen.

Die katholische Kirche hat sich in Deutschland schon sehr früh mit den Arbeitern beschäftigt. Gleich nach der deutschen Revolution im Jahre 1848 entstand der katholische Gesellenverein, dessen Gründer, der Geistliche Köppling, den doppelten Zweck verfolgte, die katholischen Handwerksgehilfen materiell und sozial zu heben, dann sie aber auch von den politischen Streitigkeiten fernzuhalten und für den katholischen Glauben zu retten. Der katholische Gesellenverein, der sich nur auf Angehörige des Handwerks erstreckt, hat sich bis heute erhalten. Er hat seine Einrichtungen: Gesellenhäuser, Nachunterstützung, Sozialkurse immer weiter ausgebaut und dadurch einen ansehnlichen Teil der katholischen Gesellschaft unter seinen Einfluß gebracht. Der katholische Gesellenverein steht vollständig unter geistlicher Leitung; sein Generalpräses, der seinen Sitz in Köln hat, wird von dem dortigen Erzbischof ernannt, und ebenso sind die Leiter der örtlichen Niederlassungen Geistliche, deren Wahl vom Bischof bestätigt werden muß. Der Gesellenverein hält auf gutes Einvernehmen mit den Handwerksmeistern; an den wirtschaftlichen Kämpfen nimmt er als Organisation nicht teil. Nach seinem Programm betreibt er keine Politik, doch jedermann weiß, daß die Mitglieder von ihren geistlichen Führern vollständig im Sinne der Zentrumspartei erzogen werden. Der katholische Gesellenverein zählt mit seinen Niederlassungen in Österreich und der Schweiz 80 000 Mitglieder.

Anfang der sechziger Jahre rief in Deutschland Vossale die sozialistische Arbeiterbewegung ins Leben. Kurz darauf beschäftigte sich auch die katholische Geistlichkeit von neuem mit den Arbeitern, deren Zahl durch den Fortschritt der modernen Großindustrie beträchtlich gewachsen war. Bischof Kettler von Mainz stimmte in vielen seiner ökonomischen und sozialen Anschauungen mit Vossale überein und unter seinem Einfluß begaben sich zahlreiche jüngere Geistliche unter das Arbeitervolk und predigten hier das Evangelium der sozialen Erlösung. Es begann die Gründung der katholischen Arbeitervereine, die über den Bereich der Handwerker hinausgriffen und sich auch an das eigentliche Proletariat, das heißt die Industriearbeiter, wandten. Diese Arbeitervereine waren in der sechziger und siebziger Jahren recht radikal, nicht nur in ihren politischen, sondern auch in ihren sozialen Forderungen. In lebhaften Industriegebieten, wie in Aachen und Essen, gerieten sie in Konflikt mit den hohen Herren der Kirche und des Zentrums. Aber sie waren zu schwach, um aus sich heraus eine selbständige christlichsozialistische Arbeiterbewegung zu schaffen, sie kamen seit den achtziger Jahren immer mehr unter den Einfluß der Zentrumspartei und damit auf ein politisch reaktionäres Gleise. Nach ihrem Programm besteht die Aufgabe der katholischen Arbeitervereine in der religiös-christlichen und der

sozialen Erziehung ihrer Mitglieder. Die Leitung dieser Vereine liegt in den Händen von katholischen Geistlichen, die als Angehörige der Zentrumspartei dafür sorgen, daß ihr Gezielte auch im Sinne dieser Partei erzogen wird. Vor allen Dingen wird Wert darauf gelegt, daß jedes Mitglied zum Gegner und Bekämpfer der sozialistischen Arbeiterbewegung herangebildet wird. Dimeinigung zur Sozialdemokratie oder zu einer freien Gewerkschaft, ja auch nur das Galtten einer sozialistischen Zeitung hat den Ausschluß aus dem Vereine zur Folge. Die katholischen Arbeitervereine sind zusammenschlossen in drei Verbänden: den Westdeutschen, den Süddeutschen und einen dritten Verband, dessen Leitung ihren Sitz in Berlin hat und der wegen seiner besonderen Anschauungen über gewisse soziale Dinge mit den beiden anderen Vereinen in bestiger Fehde liegt. Zusammen zählen die katholischen Arbeitervereine 450 000 Mitglieder.

Ehe wir weiter gehen in der Schilderung der christlichen Arbeiterbewegung in Deutschland, müssen wir auf einen Umstand hinweisen, dessen Kenntnis notwendig ist zum Verständnis der hier behandelten Dinge. Wir meinen das enge Verhältnis von Kirche und Partei, wie es in dieser Art nur in Deutschland, und zwar in dem Bündnis von katholischer Kirche und Zentrumspartei vorhanden ist. Das Zentrum, wie in Deutschland die liberale Partei kurz genannt wird, entstand nach der Gründung des Deutschen Reiches im Jahre 1871, als Vertretung des katholischen Volkstums. Die katholische Bevölkerung ist in Deutschland in der Minderheit, etwa zwei Drittel gehören dem protestantischen, und nur ein Drittel dem katholischen Glauben an. Die Katholiken waren namentlich in Preußen lange Zeit tieflich zurückgesetzt und in ihren Interessen und Rechten benachteiligt worden. Um das in Zukunft zu verhindern, sahen sich die katholischen Abgeordneten zur Gründung der Zentrumspartei zusammen. Die Gründung dieser Partei erfolgte aber auch, um die Angriffe abzuwehren, die von Bismarck und den liberalen Parteien nach der Errichtung des Deutschen Reiches gegen die katholische Kirche gerichtet wurden. So entstand das innige Verhältnis von Kirche und Partei, so entstand jenes merkwürdige Gemisch von religiösen und politischen Interessen, das man als Merkmalismus bezeichnet. Das Zentrum verteidigte im Parlament die Interessen der katholischen Kirche, wehrte die Angriffe auf sie ab und sorgte in der Folge dafür, daß ihr Einfluß auf die Volkswahlen, namentlich auf die Volksschule, immer mehr wuchs. Dafür stellte die Kirche dem Zentrum ihre reichen Mittel und ihr Heer von Geistlichen zur Verfügung, um die gläubige Masse dem Zentrum als Parteianhänger aufzuführen und zu erhalten. In Deutschland liegen die Dinge gegenwärtig so, daß der katholische Geistliche ein Viertel seiner Tätigkeit der Kirche und drei Viertel der politischen Agitation, der Schulung der Massen im Dienste des Zentrums, widmet.

Dieses Zusammenwirken von Kirche und Partei hat sich namentlich auf dem Gebiete der Arbeiterbewegung gezeigt. Beide Teile müssen darauf sehen, die Masse auf ihre Seite zu bringen und in den modernen Industriegebieten die Arbeiter dieser Klassen bilden, so ist die Beschäftigung mit der Arbeiterfrage, ist die Anwerbung und Organisierung der Arbeiter

Die Sage von Dankos flammendem Herzen.

Es waren fröhliche, starke und tüchtige Menschen, die nicht viel bedurften, Riegeuner war es wohl. Und siehe, es kam einmal eine gar traurige Zeit: andere Völker kamen von irgendwo her und trieben die früheren in die Tiefe des Waldes hinein. Dort waren Kämpfe und Finsternis; denn es war ein uralter Wald, und so dicht ineinander gewachsen waren seine Reize, daß man zwischen ihnen hindurch den Himmel nicht sah und die Strahlen der Sonne sich kaum einen Weg durch das dicke Laub hindurch zu dem Gumpfe bahnen konnten. Sobald jedoch die Strahlen auf das Wasser der Stimpfe trafen, erhob sich ein Peitzgeräusch, von dem die Menschen einer nach dem anderen hinsterben.

Da begannen die Frauen und Kinder jenes Volkes zu weinen, und die Väter verziefen in Grubeln und Schwerkmut. Sie mußten diesen Wald verlassen, und da gab es nur zwei Wege: der eine führte wieder zurück, dahin, wo die starken und bösen Feinde waren, der andere vorwärts, wo die Niesenbäume standen, die sich gegenseitig mit Ästen umschlungen hielten und ihre moorigen Wurzeln tief in den zarten Sumpfschlamm getrieben hatten. Schweigend und unbeweglich, wie wenn sie von Stein wären, standen diese Bäume tagsüber in grauem Halbdunkel und schienen gegen Abend, wenn die Lagerfeuer aufstammten, um jene Menschen nach dichter zusammenzurücken. Und zu jeder Zeit, am Tage wie in der Nacht, war rund um sie herum ein Ring gezogen, der sie, an die Steppe Gewöhnten, gleichsam zu erfinden drohte.

Roch graufiger aber aber war es, wenn der Wind über die Wipfel der Kämme blinufte und der ganze Wald dumpf tönte, wie wenn er jenen Menschen, die sich vor ihren Feinden in ihm verborgen hatten, Trohungen zuriefte oder ein Grabled säuge. Und doch waren es starke Menschen, und sie hätten den Kampf mit dem Feind, der sie besiegte hatte, wohl aufnehmen können, aber sie durften nicht untergehen im Kampfe, da sie ein heiliges Vermächtnis zu wahren hatten, das mit ihnen verloren gewesen wäre, wenn sie der Tod ereilt hätte. Und darum saßen sie da und grubelten während der langen Nächte beim dumpfen Raufchen des Waldes, in dem giftigen Weithand des Sumpfes, Nichts aber, weder die Arbeit noch die Weiber, ermüdet Leib und Seele des Menschen so sehr wie schwermütige Gedanken, die gleich dem Schlangen das Herz aufsaugen.

Und sie wurden schwach von dem ewigen Grubeln und Sinnen. Furcht entstand in ihrer Mitte und lähmte ihre starken Arme. Und feige Worte ließen sich vernemen in dem Walde, zuerst schüchtern und leise und dann immer lauter und lauter. Schon wollten sie zum Feinde gehen und ihm sich selbst samt ihrer Freiheit zum Geschenk darbringen, und keiner fürchtete mehr, vor lauter Todesangst, das Leben in der Knechtschaft. Da aber erschien Danko, und er allein rettete sie alle.

Danko war ein Mann jenes Stammes. Jung und schön war er, und die schönsten Menschen sind allezeit auch tüchtig. Und also sprach er zu seinen Volksgenossen:

„Nicht kann man einen rollenden Stein aufhalten durch einen Gedanken. Wer nichts tut, dem

kann nicht geholfen werden. Was verschwinden wir unsere Kraft im Grubeln und Träumen? Wredt auf und laßt uns diesen Wald durchschreiten -- er muß doch ein Ende haben, wie alles auf der Welt! Nun denn vorwärts, laßt uns gehen!“

Sie schauten ihn an und saßen, daß er der Tüchtigste war von allen, da in seinen Augen viel Kraft und lebendiges Feuer leuchtete.

„So führe Du uns!“ sprachen sie.

So führte sie dem Danko. Sie zogen mit ihm, alle miteinander, und sie vertrauten ihm. Ein schwieriger Weg war das! Dunkel war es, und auf jedem Schritt öffnete der Sumpf seinen gierigen, sinkenden Rachen, um die Menschen zu verschlingen, und die Bäume hemmten den Weg wie eine gewaltige Mauer. Und da begannen sie zu murren gegen Danko und sagten, daß er, der Jugendliche und Unererfahrene, sie irreführt habe. Danko aber schritt ruhig und unbereit weiter.

Eines Tages brach jedoch ein Gewitter über dem Walde los. Da ward es im Walde so dunkel, als ob alle Nächte, die seit seinem Entstehen verflohen waren, sich in ihm vereint hätten. Die Heinen Menschen schritten unter Blitz und Donner zwischen den großen Bäumen dahin, und die Baumriecken knackten und stöhnten und keulten ihre zornigen Rieder, und die Wlisse flammten über den Wipfeln des Waldes, erhellten ihn für kurze Augenblicke mit ihrem fallenden, bläulichen Feuer und verschanden ebenso schnell, wie sie aufgequadt waren, und schreckten und reizten die Menschen. Und aus dem Dunkel des Wäldes drang den Dahinwreitenden ein graufiches, kaltes, finsternes Stimm entgegen. Durchbar war dieser Weg, und die

die notwendige Bedingung. Da nun die Massen in Deutschland mit großem Erfolge von der Sozialdemokratie unnerworfen und angezogen werden, so ist es selbstverständlich, daß die von kirchlicher Seite aus betriebene Arbeiterbewegung in Gegensatz zu der sozialistischen Arbeiterbewegung treten mußte. In der Tat bildet denn auch die christliche Arbeiterbewegung in Deutschland weiter nichts als ein Kampfmittel, das sich der Materialismus geschaffen hat zu dem Zweck, das Vordringen des Sozialismus und der Massenbewegungen Arbeiterbewegung zu verhindern und sich die gläubigen Arbeiter als Anhänger zu erhalten.

Wir haben oben gesehen, daß die ersten Bemühungen des Materialismus in Deutschland die katholischen Arbeiter zu organisieren, im Anschluß an politische Bewegungen geschahen. So die Gründung des katholischen Gesellenvereins im Anschluß an die deutsche Revolution von 1848, die Gründung der katholischen Arbeitervereine im Anschluß an das Wiedererwachen des politischen Lebens in Deutschland Anfangs der sechziger Jahre und namentlich an die Gründung der sozialistischen Arbeiterpartei durch Lassalle. Und auch die Enttiefung des dritten Zweiges der kirchlichen Arbeiterbewegung: der christlichen Gewerkschaften. Knüpft an ein wichtiges politisches Ereignis an.

Als in den sechziger Jahren die sozialistische Bewegung in Deutschland emporschwang, als die Zahl der sozialistischen Wähler wie der Gewerkschaftsmitglieder immer mehr zunahm, beschloß der Reichstag auf Betreiben Bismarcks das Sozialistengesetz. Dieses Gesetz zerstückte mit einem Schlage sämtliche Organisationen, politische wie gewerkschaftliche; unterdrückte ihre Zeitungen; verbot ihre Versammlungen und legte die ganze sozialistische Agitation lahm. Zwölf Jahre lang hatte dieses Gesetz an der deutschen Arbeiterbewegung, ohne daß es den beabsichtigten Zweck erreichte. Was nicht öffentlich geschehen konnte, geschah im geheimen, und wie in eifriger und fruchtbarer Arbeit geleistet worden als unter dem Sozialistengesetz von den deutschen Arbeitern. Als im Jahre 1890 das Sozialistengesetz fiel, erhielt die Sozialdemokratie bei der Wahl zum Reichstag fast 1 1/2 Millionen Stimmen und war damit zur stärksten Partei des Reiches geworden. Auch die gewerkschaftliche Bewegung hatte sich in den letzten Jahren des Sozialistengesetzes wieder belebt und trat in die neunziger Jahre mit einem ansehnlichen und hoffnungsvollen Mitgliederbestand ein.

Die Lebenskraft und die Fortschritte der sozialistischen Arbeiterbewegung gab dem Zentrum zu denken. In den zwölf Jahren, da die Sozialdemokratie getrieben war, hatte es sich nicht um die Arbeiter gekümmert. Nun aber, da der Gegner seiner Kraft ledig war, hieß es Vorkehrungen treffen, um die gläubigen Massen vor sozialistischer Agitation zu schützen. Der berühmte Führer des Zentrums, Windthorst, gab die Anregung zur Gründung des Volksvereins für das katholische Deutschland, einer Organisation, die im Laufe der Zeit der Mittelpunkt für die gesamte christliche Arbeiterbewegung wurde und die auch den Anstoß gab zur Schaffung der christlichen Gewerkschaften. Der genannte Volksverein verdient auch deshalb Beachtung, weil die Absicht besteht, eine ähnliche Ein-

richtung auch in Amerika einzuführen; einzelne Vorarbeiten sind auch schon gemacht.

Der katholische Volksverein, dessen Leitung ihren Sitz in München-Grubhorn, einer rheinischen Fabrikstadt, hat, verfolgt die doppelte Aufgabe: die katholischen Massen sowohl bei der Kirche wie auch beim Zentrum zu halten. Der Verein verkörpert die politisch-religiöse Doppelnatur des Materialismus in vollendeter Form. Er wird geleitet von den Führern des Zentrums und Geistlichen, und ebenso wird seine literarische und agitatorische Arbeit verrichtet mit gleichem Eifer von Geistlichen und Laien, die ebenfalls der Kirche wie der Partei sind. Der Volksverein zählt gegenwärtig 750.000 Mitglieder, die jährlich 1 Mt. Beitrag zahlen. Aus den 750.000 Mt., die auf diese Weise zusammenkommen, wird eine Fülle von Arbeit geleistet: Herausgabe von Büchern, Flugschriften und Flugblätter; Veranstaltung von sozialen Kurien für Arbeiter, Handwerker, Landwirte und Beamte; Abhaltung von Versammlungen, Gründung von Jugend-, Arbeiter- und Arbeiterinnenvereinen; Errichtung von Sekretariaten und Verbandsbüros; Heranbildung von Kräften, die in der Verteidigung der katholischen Sache, in der Tätigkeit für die Zentrumspartei und die christliche Arbeiterbewegung mit Einschluß der christlichen Gewerkschaft, Verwendung finden. Der katholische Volksverein ist das Hauptquartier für die gesamte Arbeit des deutschen Materialismus auf politischem, sozialem und apologetischem Gebiete; er ist in seiner Art eine wirkliche Mutterkirche.

Organisiert eure Kaufkraft!

Wenn wir heute mehr denn fünfzehn Tausend Mitglieder in unserer Organisation zusammengefaßt haben, dann heißt dies nichts anderes, als daß diese Tausende das Mittel erkannt haben, mit welchem sie sich gegen die Ausbeutung durch das Produktionskapital schützen können. Der Zusammenschluß vieler Gleichgestimmter ist dabei der Hebel, durch den die Abwehr des Druckes dieser Kapitalgruppe bewirkt wird. Ihren äußeren Ausdruck findet diese Abwehrbewegung in dem Streben nach Gleichberechtigung, nach Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, und genaugenbessert ist in unseren Mitgliedern, in welchem Umfange diese Verbesserung der wirtschaftlichen Lage mit Hilfe der gewerkschaftlichen Organisation jeither möglich war. Zum Teil durch friedliche Verständigung, zum Teil aber auch durch harte Kämpfe, langen und opfervollen Lohnkämpfen wurden hier geringere, dort größere Lohnaufbesserungen erreicht.

Und doch haben alle diese Bewegungen zum Zwecke der Lösung unserer wirtschaftlichen Existenzbedingungen nicht vermocht, einen Ausgleich mit den uns unermeßliche gesteigerten Lebensmittelpreisen, Wohnungsmieten usw. herbeizuführen. Obwohl wir schon seit Jahren gezwungen sind, unsere Lohnbewegungen mit der allgemeinen Forderung — und obenan steht dabei die Lebensmittelerhöhung — zu begründen, finden wir fast durchgängig, daß nach dem Abschluß der einzelnen Bewegung konstatiert werden muß, daß das Erzeugnisse nicht ausreicht, um die Differenz zwischen dem Arbeitslohn und der Summe der zum Leben unbedingt notwendigen Waren und sonstiger Artikel auszugleichen, gar nicht zu reden davon, daß wir uns in unserer Gewerkschaftsarbeit durchaus

nicht damit bescheiden können, unsere Lohnhöhe mit der steigenden Tendenz der Verbrauchs- und Lebensmittelpreise im Gleichschritt zu halten. Wir wollen ja ungleich mehr erreichen, wir wollen auch die Befriedigung kultureller Bedürfnisse für unsere Mitglieder herbeiführen.

Unter den gegenwärtigen Umständen ist dies durch die Gewerkschaftsarbeit allein zu erreichen nicht möglich. Wenn des Arbeiters Lohn kaum zum Kräftigen des nackten Lebens anreicht, dann ist an eine Befriedigung kultureller Bedürfnisse nicht zu denken. Das lehrt uns das einfache Rechenexempel: Arbeitslohn abzüglich der Kosten für die Lebensmittel bleibt als Restat null. Ja, in sehr vielen Fällen geht das Exempel noch nicht einmal so glatt auf: Der Arbeiter reicht noch nicht einmal aus, um die notwendigen Nahrungsmittel zu kaufen. Der Arbeiter muß sich anhalten, daß er dazu kommt, sich mehr und bessere Nahrungsmittel, Kleidung usw. leisten zu können, nur immer noch mehr einschränken. Das ist eine recht betrübliche Erscheinung, die aber einer ganz natürlichen Ursache entspringt. Die große Mehrzahl unserer Mitglieder bleibt bei ihrem Bestreben, sich dem Druck des Kapitals zu entziehen, auf halbem Wege stehen. Denn nur einen halben Schritt getan heißt es, wenn sie sich lediglich in der Gewerkschaft zusammenzuschließen und so dem Druck des Produktionskapitals auszuweichen suchen. Sie übersehen dabei, daß das Produktionskapital nur eine Kapitalgruppe ist, daß es aber solcher Gruppen noch mehrere gibt, die alle ihren Tribut von uns fordern. Unsere Mitglieder sind ja nicht nur Produzenten, sie werden des Abends, wenn sie ihre Arbeitsstätten verlassen, nicht zu einem Weizen ohne Fleisch und Brot, um des Morgens wieder, wenn die Fabrikglöde zu neuer Arbeit ruft, menschliche Gestalt mit menschlichen Bedürfnissen anzunehmen. Den Ertrag ihrer Arbeitskraft schütten sie auch nicht zu kaufen harter Taler aufeinander und freuen sich des Anblickes solchermaßen aufeinandergeleiteter Gelder. Im Gegenteil, wenn eine Lohnperiode um ist, dann ist in der Regel auch der Ertrag ihrer Arbeitskraft alle geworden, ja, in vielen Fällen hat dieser noch nicht einmal diese kurze Spanne Zeit ausgereicht. Denn unsere Mitglieder brauchen, um ihre Arbeitskraft in gebrauchsfähigem Zustande zu erhalten, Nahrung und Kleidung, Wohnung und Heizung, Licht und Luft, und alles dies müssen sie sich kaufen und dafür den Ertrag ihrer Arbeitskraft eintauschen. Sie sind, kurz gesagt, nicht nur Produzenten, die dem gewerkschaftlichen Unternehmer für wenig Geld ihre Arbeitskraft zur Verfügung stellen, sie sind auch Konsumenten, die für viel Geld wenig notwendige Nahrungsmittel und sonstige Artikel kaufen können.

Diese Doppelseigenschaft der Arbeiter ist es aber, die da bewirkt, daß ihre Lebenshaltung sich trotz langer Lohnkämpfe, trotz oftmals ganz erheblicher Lohnsteigerungen nicht bessert. Was er als organisierter Gewerkschaftler dem Produktionskapital unter großen Opfern abringt, das und noch viel mehr entzieht ihm auf der anderen Seite das Handelskapital immer wieder.

Wußt das so sein? Wußt sich der Arbeiter große Entbehrungen auferlegen, um dem gewerkschaftlichen Unternehmer ein Stück von dessen Profit nach dem anderen zu entreißen, lediglich zu dem Zwecke, um es dem Unternehmer im Handelsgewerbe kampflos in den unerfährlichen Händen zu werfen? Eine solche

ermatteten Wanderer verloren den Mut. Aber sie schämten sich, ihre Schwäche zu bekennen, und so murdten sie denn in ihrem Arger und Jorn wider Dank, den Mann, der ihnen vorausschritt. Und sie warfen ihm vor, daß er nicht verstehe, sie zu leiten.

Mitten im finsternen Tramphebel machten sie Halt, ermüdet und voll Grimm, um Danko zu rufen. „Du bist ein elender Mensch, der uns ins Verderben führt,“ sprachen sie. „Du hast uns hierher geführt, uns der Kraft beraubt — und darum mußt Du sterben!“

Und Blitz und Donner bestätigten ihr Urteil. „Ihr jagtet: „Führt uns!“ und ich führte Euch,“ sprach Danko, ihnen lähn entgegnetend. „Ich führte mich Wagnis genug, Euch zu führen — darum tat ichs. Und Ihr? Was taut Ihr zu Eurer Rettung? Ihr brauchtet nur zu gehen und seid doch nicht Wagnis genug, einen längeren Weg zu gehen! Ihr ginget nur, ginget, wie eine Herde Lämmer.“ Aber diese Worte machten sie nur noch zorniger. „Du mußt sterben! Du mußt sterben!“ brüllten sie.

Und das Stöhnen und Deuten des Windes begleitete ihr Geschrei, und Wibe juckten dazwischen, die Finsternis zerschneidend. Danko schaute jene an, um derenwillen er so viel Mühe übernommen hatte, und er sah, daß sie wie wilde Tiere waren. „Nicht umbrängt umstanden ihn die Menschen, auf ihren Gesichtern aber lag nichts von Gutmüt, und er durfte keine Schonung von ihnen erwarten. Da braute auch in seinem Herzen der Unwille auf; weil er jedoch Mitleid mit ihnen hatte, erlosch sein Grimm sogleich wieder. Er liebte diese Menschen und dachte, daß sie

ohne ihn untergehen könnten. Und sein Herz entflammte im heißen Feuer des Wunsches, sie zu retten und sie auf einen besseren Weg zu führen, und in seinen Augen erglühn die Strahlen dieses gewaltigen Feuers! Sie aber dachten, da sie dies sahen, daß Blut ihn erlöst habe, wovon seine Augen nun so hell und heiß funkelten, und sie spülten gleich den Wölfen die Ohren, in der Erwartung, daß er will ihnen kämpfen werde, und drängten sich dichter an ihn heran, daß sie um so leichter Danko packen und töten könnten. Er aber hatte ihre Seele schon durchschaut, und noch heißer entbrannte davon sein Herz, da das, was sie planten, ihm mit Kummer erfüllte.

Der Wald aber sang noch immer sein düsteres Lied, und der Donner rollte, der Regen stieß herüber.

„Was soll ich tun für die Menschen?“ schrie Danko so laut, daß er den Donner überstunte.

Und plötzlich riß er mit den Händen sich die eigene Brust auf, ließ sein Herz heraus und hielt es empor hoch über seinem Haupte.

Es flammte so hell wie die Sonne, und heller noch als die Sonne, und der ganze Wald schwieg, von dieser Fackel der Menschlichkeit durchleuchtet, und die Finsternis stob vor dem Lichte und fiel ätzernd tief, tief im Walde in den moderigen Nischen des Sumpfes. Die Menschen aber standen erblaut da, starr wie die Steine.

Sie zogen hinter ihm her, voll Begier des Neuen, und wie vom Zauber gebannt. Da rauschte abermals der Wald und schüttelte die Wipfel, doch ward kein Rauschen überönt vom Stampfen der eiskalten Menschen. Rauf und mutig zogen alle daher, von dem

wunderbaren Schauspiel des brennenden Herzens begeistert. Auch jetzt noch starben so manche hin, doch starben sie ohne Klagen und Tränen. Danko aber schritt immer voraus und sein Herz flammte und brannte!

Und siehe, plötzlich zerteilte der Wald sich vor ihm und blieb hinter ihm zurück — eine summe, dicke Masse. Danko aber und alle, die mit ihm waren, tauchten unter in ein Meer von Sonnenlicht und keiner, vom Regen erfrischter Steppenluft. Das Gewitter stand dort, hinter ihnen, über dem Walde — und hier strahlte die Sonne, atmete die Steppe, glüherte das Gras von Regenperlen und schimmerte golden der Stromlauf. Abend war es und rot erglänzte der Abend von den Strahlen der sinkenden Sonne — so rot wie das Blut, das als heiße Blut aus Dankos zerrissener Brust quoll.

Und einen Blick warf vorwärts in die Steppenweite der herbende Danko, der Stolge, der Kühne — einen freudigen Blick ließ er gleiten über das freie Land, das vor ihm sich dehnte. Hochgemut lachte er auf, fiel hin und hauchte seinen Geist aus.

Leise flüsterten die erlauchten Bäume, die hinter ihm geblieben, flüsterte das Gras, das von Dankos Blut gefärbt war.

Die Menschen aber, voll der Freude und Hoffnung, merkten nicht seinen Tod und sahen nicht, daß neben Dankos Leiche noch immer sein mutiges Herz flammend dalag. Nur einer von ihnen, ein vorstößiger Mensch, bemerkte es und trat, irgend etwas fürchtend, auf das stolze Herz mit dem Fuße. Und da sprühte Dankos Herz in heißen Funken auf und verlöschte.

R. Garfi.

Frage unter organisierten Arbeitern aufwerfen, heißt zugleich sie verneinen. Es ist nicht notwendig, daß sich die Arbeiter, daß sich unsere Mitglieder ohne Widerstreben vom Handelskapital ausbeuten lassen. Sie müssen nur eins tun: sie müssen nur verstehen, aus ihrer gewerkschaftlichen Betätigung die richtigen Konsequenzen zu ziehen und diese auf ihre Eigenschaft als Konsumenten innerlich entsprechend zu übertragen. Sie müssen sich, gleichwie sie gewerkschaftliche Organisationen bilden, um sich dem Druck des Produktionskapitals zu entziehen, den Organisationen anschließen, die das gleiche dem Handelskapital gegenüber bezwecken. Mit einem Wort: Sie müssen Mitglieder der Konsumentenorganisationen werden, die gebildet wurden, um den Druck des Handelskapitals von den angeschlossenen Mitgliedern abzuwenden.

In den leitenden Gewerkschafts- und Genossenschaftskreisen ist denn auch von Jahr zu Jahr immer mehr die Notwendigkeit erkannt worden, daß die Gewerkschaften und Genossenschaften zusammenwirken müssen auf allen Gebieten, auf denen gemeinsame Interessen in Frage kommen, und die von den letzten Gewerkschaftsorganisationen und Genossenschaftsorganisationen gefassten Beschlüsse sind Beweis dafür, daß diese Erkenntnis in die Praxis umgesetzt werden soll und daß diese beiden großen wirtschaftlichen Organisationen ihre Kräfte — soweit dies möglich und zweckmäßig ist — durch gemeinsames Wirken zu stärken gedenken. Leider aber ist die Notwendigkeit gemeinsamer, sich gegenseitig unterstützender Arbeit noch lange nicht von den Mitgliedern der beiden Organisationsgruppen erkannt worden, denn den rund 2½ Millionen gewerkschaftlich organisierter liegt erst eine halb so große Zahl genossenschaftlich organisierter gegenüber. Das ist sehr zu bedauern, einmal, weil sich die Genossenschaftsbewegung zu einem vollgültigen und dabei selbständigen Zweige innerhalb der Arbeiterbewegung entwickelt hat und weil es zum anderen jedes Arbeiters Pflicht wäre, nicht nur seine Arbeitskraft nach wohlgeprüften Grundätzen zu organisieren, sondern, wie aus dem Vorstehenden zur Genüge hervorgeht, auch seinen Bedarf an Lebensmitteln, seiner Kaufkraft. Beides zu tun aber ist notwendig, um zu verhindern, daß die bedauerliche Tätigkeit eine nutzlose wird, denn es zeigt sich immer mehr und mehr, daß diese beiden Gestalten unseres wirtschaftlichen Kampfes eigentlich nur die zwei verschiedenen Seiten einer und derselben Sache darstellen. Die Gewerkschaften wirken auf eine Erhöhung des Geldlohnes hin, die Genossenschaften durch die Verbilligung der Warenpreise auf eine Erhöhung der Kaufkraft dieses selben Geldlohnes. Eine solche vom Druck des Handelskapitals loslösende Tätigkeit ist den Genossenschaften nur möglich durch die Sicherung des Groß- und Vereinkaufes auch für denjenigen, der infolge seiner gedrückten Lage nicht im großen gegen bar einkaufen kann, weil ihm die Mittel hierzu fehlen. Der Gutsherrliche kann sich Konjunktur und Marktlage immer zunutze machen, weil er jederzeit über die notwendigen Mittel verfügt. Anders der Arbeiter, der nur von der Hand in den Mund lebt. Aber durch unsere Genossenschaften ist es auch ihm möglich, weil ihm durch das Zusammenwirken vieler Hunderte oder Tausender von Arbeiterhaushaltungen die Vorteile des Großverkaufs unter Ausschaltung des privaten Handelskapitals nutzbar gemacht werden können.

Mit dieser Ausschaltung des privaten Handelskapitals sind die Vorteile der Konsumentenorganisationen für ihre angeschlossenen Mitglieder noch lange nicht erschöpft. Sie sind vielmehr eifrig am Werk, auch einen Teil des privaten Produktionskapitals auszuscheiden. Je größer z. B. die Mitgliederzahl einer Genossenschaft ist, um so größer ist auch der Bedarf an den einzelnen Waren, und wenn der Umsatz eine solche Höhe erreicht hat, daß eine rentable Produktion möglich ist, dann wird die Genossenschaft eigene Produktionsverhältnisse errichten und diese Artikel selbst herstellen und vertreiben unter vollständiger Ausschaltung des privaten Kapitals in der Herstellung und Verteilung. Sie übt dabei nicht genau so spekulative Methoden wie der Privatkapitalist. Sie vermeidet jedwede Ueberproduktion, weil sie nur für den organisierten Bedarf produziert und nicht, wie das private Kapital, für den großen Markt. Nun beschränken sich die Genossenschaften ja nicht nur auf eine rein örtliche Tätigkeit. Sie haben sich im Gegenseite eine Zentrale geschaffen in dem Zentralverband deutscher Konsumvereine, der durch seine Großverkaufsgesellschaft den Wareneinkauf für die gesamten ihm angeschlossenen Genossenschaften vollzieht. Damit aber werden die Genossenschaften zu einem recht gewichtigen Faktor auf dem Weltmarkt, denn der auf diese Weise organisierte Bedarf berechnete sich nicht nur nach Tausenden, sondern nach Hunderttausenden, ja Millionen von Haushaltungen. Und damit ist den organisierten Konsumenten schon heute eine Macht gegeben, die sie wohl anzuwenden wissen.

Aber diese ganz natürliche Entwicklung und Betätigung unserer Genossenschaften läßt erkennen,

daß durch die recht einfache und ohne jedwede Belastung für den einzelnen mögliche Mittel der genossenschaftlichen Organisation auch der ärmste Arbeiter in der Lage ist, infolge des Zusammenwirkens vieler Genossensgenossen einen gewissen bestimmenden Einfluß auf dem Weltmarkt auszuüben, einen Einfluß, der um so größer werden muß, je mehr Arbeiter und vor allem, je mehr gewerkschaftlich organisierte Arbeiter an ihm beteiligt sind. Durch die Ausschaltung des privaten Kapitals in der Warenverteilung und durch die teilweise Ausschaltung in der Warenherstellung helfen die Genossenschaften mit, ans die Kräfte des genossenschaftlichen Kampfes zu sichern, uns die in unsern vielen Lokalkämpfen erlangenen Lohnverbesserungen für uns selbst nutzbar zu machen. Darum sollte die Mahnung nicht vergehen sein, nach der jeder Gewerkschafter ein Genossenschafter und jeder Genossenschafter ein Gewerkschafter sein muß.

Die Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen im Jahre 1912.

III.

Durch die Bewegungen ohne und mit Arbeitszeiterhöhung wurde 1912 insgesamt erreicht: Eine Arbeitszeiterhöhung für 378 185 Personen von zusammen 830 151 Stunden pro Woche. Ferner eine Lohnverbesserung für 530 021 Personen von zusammen 946 961 Mk. pro Woche. Außerdem erreichten 388 563 Personen sonstige Verbesserungen der Arbeitsbedingungen. 1911 erzielten 293 316 Personen eine Arbeitszeiterhöhung von zusammen 760 594 Stunden und 592 066 Personen eine Lohnverbesserung von zusammen 1 058 594 Mk. pro Woche. Ein Vergleich der Zahlen ergibt, daß 1912 ein größeres Maß von Arbeitszeiterhöhung ertragen wurde, während die Erfolge bei den Lohnverbesserungen geringer sind. Es kommt jedoch hierbei in Betracht, daß sowohl in der Zahl der Personen, wie auch in der Gesamtsumme der Lohnverbesserung, nicht die von dem Bundesrunderverband bei dem Abschluß des neuen Tarifvertrages erreichten Lohnaufbesserungen enthalten sind. Der Vorstand des Verbandes bemerkt hierzu: Daß alle Personen, die zum Lohnminimum und bis zu 3 Mk. über diesem entlohnt wurden, eine Lohnaufbesserung von 10 Proz., der übrige Teil Lohnzulagen von 1,25 Mk. bis 2,25 Mk. pro Woche erhalten habe. Da unter den abgeschlossenen Tarifverträgen 88 976 Personen fallen, so kann man ruhig behaupten, daß mit Einschluß der vom Bundesrunderverband erreichten Erfolge die im Jahre 1912 in bezug auf Lohnverbesserung erreichten Resultate den vorjährigen entsprechen dürften. Im Durchschnitt entfällt 1912 auf jede beteiligte Person eine Arbeitszeiterhöhung von 2¼ Stunden und eine Lohnverbesserung von 1,79 Mk. pro Woche.

1911 betrug der Durchschnittssatz an Lohnverbesserung gleichfalls 1,79 Mk. pro Woche. Tageslohn die durchschnittliche Arbeitszeiterhöhung 2¼ Stunden. Sonstige Verbesserungen erreichten 5055 Personen weniger als im Vorjahr.

Durch die Abwehrbewegungen ohne und mit Arbeitszeiterhöhung wurde 1912 abgewehrt: Für 2937 Personen eine Arbeitszeiterhöhung von zusammen 11 042 Stunden und für 19 840 Personen eine Lohnverbesserung von zusammen 38 794 Mk. pro Woche; ferner für 55 589 Personen eine sonstige Verschlechterung der Arbeitsbedingungen.

Trotz erfolgter Abwehr traten an Verschlechterungen ein: Für 150 Personen eine Arbeitszeiterhöhung von zusammen 414 Stunden und für 1187 Personen eine Lohnverbesserung von zusammen 3014 Mk. pro Woche. Sonstige Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen erlitten 1738 Personen. Wie in den früheren Jahren, so entfällt auch im Jahre 1912 der weitaus größte Teil des Erreichten auf die Lohnbewegungen ohne Arbeitszeiterhöhung. Von der gesamten Arbeitszeiterhöhung wurde für 319 547 Personen = 84,5 Proz. zusammen 677 241 Stunden = 81,8 Proz. und von der gesamten Lohnverbesserung für 345 074 Personen = 65,1 Proz. zusammen 644 501 Mk. = 68,1 Proz. bei den Bewegungen ohne Arbeitszeiterhöhung erzielt.

Bei den Bewegungen insgesamt kam es in 4904 Fällen zum Abschluß von Tarifverträgen für 351 548 Personen. Von diesen Tarifverträgen wurden 3809 für 250 841 Personen abgeschlossen bei Bewegungen ohne Arbeitszeiterhöhung, der andere Teil entfällt auf die Streiks und Aussperrungen. 1911 erfolgte der Abschluß von 3499 Verträgen für 304 481 Personen. Es wurden demnach 1912 in 1305 Fällen Verträge mehr abgeschlossen. Auf die einzelnen Gewerbegruppen verteilen sich die Verträge folgendermaßen: Baugewerbe 728 mit 47 955 Personen, Metallindustrie, Maschinen und Schiffbau 578 mit 64 299 Personen, Graphische Gewerbe und Papierindustrie 101 mit 76 250 Personen, Holzindustrie 521 mit 31 166 Personen, Nahrungs- und Genussmittelindustrie 442 mit 17 041 Personen, Bekleidungs-, Leder- und Textilindustrie 278 mit 39 485 Personen,

Handels- und Transportgewerbe 366 mit 48 386 Personen.

Der größte Teil der Verträge entfällt auf das Baugewerbe, der größte Teil der Personen, für die Verträge abgeschlossen wurden, kommt dagegen auf das Graphische Gewerbe. Die starke Personenzahl dieser Gruppe ist zurückzuführen auf den erneuerten Buchdruckerarbit.

Nicht in allen Fällen wird man den Abschluß eines Tarifvertrages als einen Erfolg für die Arbeiter ansprechen können. Es kommt bei der Bewertung eines solchen in erster Linie darauf an, welches Maß an Verbesserung und Sicherung der Arbeitsbedingungen damit erreicht wurde. Soweit aber auch die Meinungen über die Einschätzung eines Tarifvertrages auseinandergehen mögen, das eine ist schon heute klar: daß in dem gegenwärtigen Bestreben, gemeinsame Arbeitsverträge mit für die Organisationen rechtsverbindlichen Normen zu schaffen, die Anfänge für eine völlige Umbildung des Arbeitsvertrages liegen. Die sich aus dieser Entwicklung ergebenden Konsequenzen für die zukünftige Gestaltung des Arbeiterrechts dürften in ihrer vollen Tragweite schon heute wohl kaum zu übersehen sein. Die sich vorbereitende Umbildung des Arbeitsvertrages wird uns gewaltigen wirtschaftlichen Kämpfen entgegenführen, die für die Zukunft des Proletariats von entscheidender Bedeutung sein werden.

Wir zweifeln nicht daran, daß die Gewerkschaften sich diesem wirtschaftlichen Ringen um das Mitbestimmungsrecht im Produktionsprozeß gewachsen zeigen werden. Die wirtschaftlichen Kämpfe haben schon bisher den Gewerkschaften große Opfer auferlegt. Aber gerade aus diesen Kämpfen heraus steigerte sich ihre Macht und Stärke. Und diese Machtentwicklung wird fortschreiten mit dem wachsenden Umfang der Arbeitskämpfe. Noch stehen Millionen von Arbeitern den Gewerkschaften fern. Diese unaufgeklärten Massen werden durch die immer stärker erfolgenden, konzentrischen Angriffe des Unternehmertums immer weiter in die Kämpfe um die wirtschaftliche Macht hineingezogen. Sie werden zum Klassenbewußtsein kommen und die Reihen ihrer kämpferischen Klassengenossen verstärken.

Wir haben aber auch die große Zuversicht, daß unter dem Einfluß der kommenden wirtschaftlichen Massenkämpfe die heute leider noch in verschiedene Heerlager geschiedenen organisierten Arbeiter sich zusammenfinden und damit dem die Arbeitskraft ausbeutenden Unternehmertum die geschlossene Schatzkammer aller Ausgebeuteten entgegensetzen werden.

Gewerkschaftsdisziplin.

In der Arbeiterpresse machte vor einigen Tagen ein ap. gegeneinander korrespondierendes Artikel die Kunde, in welchem die Gewerkschaftsdisziplin im Zusammenhang mit der Wertarbeiterbewegung eine Beurteilung erfährt, die den Widerspruch eines jeden Freundes der modernen Gewerkschaftsbewegung herausfordern muß. Ueber den Verlauf der Wertarbeiterbewegung haben wir unsere Leser stets im Laufenden gehalten und in der Nr. 38 vom 19. September d. J. unter der Ueberschrift „Nachklänge zum Wertarbeiterstreik“ die Beurteilung des als hervorragend anerkannten Gewerkschaftsführers Genossen Reipart vom Holzarbeiterverband auszugeweiht zum Abdruck gebracht, so daß wir mit Recht annehmen, daß sich jeder Leser ein klares Bild darüber machen kann und uns zustimmt, wenn wir an der Auffassung festhalten, daß Disziplin innerhalb der Gewerkschaftsbewegung jetzt nötiger ist denn je. Im Gegenzug hierzu wirft ap. die Frage auf, ist die Anschauung richtig, daß die Hochhaltung der Disziplin ein solches Lebensinteresse der Gewerkschaften ist, daß sie auch um den Preis schwerer augenblicklicher Schädigung nicht zu teuer erkauft ist? In der Verantwortung dieser Frage zieht ap. einen Vergleich zwischen gewerkschaftlicher Disziplin im wirtschaftlichen Kampfe der Arbeiter und der Disziplin im Kriege und meint, daß im Kriege Disziplinbrüche vorgekommen sind, die ungeführt blieben und Quellen des Sieges wurden. Er wirft das Problem ganz allgemein auf und fragt, ob es nicht überhaupt zu viel Disziplin in den Gewerkschaften gibt, ob nicht die wachsende Zentralisation immer mehr dazu geführt hat, die Entscheidungen in die Hände kleiner Personengruppen zu legen“, und weil dem so ist, „so muß das Bestehen des Gebotes in der Disziplin meist darin bestehen, sich jenen Entscheidungen zu fügen“.

Darauf antwortet ihm Genosse Adolf Braun, ein gründlicher Kenner der Gewerkschaftsbewegung: „Aber gerade im Wertarbeiterstreik hat die außerordentliche Generalversammlung der Metallarbeiter, die diesmal einen weit weniger bürokratischen Charakter an sich trug wie frühere Generalversammlungen, mit einer großen Mehrheit das Verbot der Wertarbeiter verworfen und das des Hauptvorstandes gebilligt. Nicht nur die außerordentliche Generalversammlung des Metallarbeiterverbandes, sondern die Erkenntnis der ganzen Lage

unserer Industrie hat bewiesen, daß die Werftarbeiter etwas zu jener Zeit, so schmerzhaft es auch ist, völlig Unmögliches erlitten, daß es ein Unglück für die Werftarbeiter gewesen wäre, ein noch größeres als all die Nachteile, die die Werftarbeiter jetzt zu ertragen haben, wenn der Verband der Metallarbeiter wirklich den Wünschen der Werftarbeiter vollkommen Rechnung getragen hätte. Wenn er so sozialistisch gedacht hätte, den autonomen Willen einiger Verwaltungsstellen höher zu werten, als das Interesse der Mitglieder und das Gesamtinteresse der 560 000 organisierten Metallarbeiter, dann wären der Hauptverband der Metallarbeiter und die mit ihm verbündeten Verbände auf das schärfste zu verurteilen.

Eine derartige Nachgiebigkeit zugunsten von lokalen Gewerkschaftsführern, die eine im vorhin durchaus verlorene Sache erzwängen wollten, eine Anerkennung des Manges, sich an vorläufige Abmachungen mit den Unternehmern nicht zu halten, hätte den Gewerkschaften schwersten, lange Jahre nachwirkenden Schaden bereitet.

Die Erzwingung, die Hochhaltung der Disziplin war gerade im Werftarbeiterkampf ein Lebensinteresse der Gewerkschaften. Die Nachgiebigkeit hätte Anteil herausbeschworen, das unabsehbar gewesen wäre. Die Möglichkeit einer allgemeinen Arbeiteraussperrung mußte man vor Augen haben, wenn man für die wirtschaftlichen Nachverhältnisse die nötigen Maßstäbe beifügt.

Ich bin durchaus kein unkritischer Lobredner der deutschen Gewerkschaften. Manches meiner Urteile rief den Widerspruch der Zentralvorstände hervor. Aber daß heute die deutschen Gewerkschaften den englischen sowohl nach der Durchbildung ihrer Organisation, wie nicht zuletzt nach dem Ausdruck des sicherlich steigenden demokratischen Lebens in ihnen, weit überlegen sind, das steht für mich fest. Es ist mir unverständlich, daß Genosse ap. nach den Maßstäben des Jahres 1885 die englischen Gewerkschaften den deutschen als Muster vorstellt und aus der heutigen Ursache in der englischen Gewerkschaftswelt auf ähnliche Gefahren in Deutschland schließt.

Genosse ap. bekämpft die heutige Gewerkschaftsdisziplin, er sagt aber nicht, wann und wo das Recht beginnt, sie zu brechen. Will das nur für große Zahlstellen, wie für Hamburg und Bremen, oder ist es auch schon in Danzig und Wittenberge gestattet? Wo beginnt das Recht der Autonomie, wo hört der Unterschied von einem veramtungsartigen Syndikalismus auf?

An die Stelle des Willens der Individualitäten tritt der notwendige Kraftausdruck der Kollektivitäten. Diesen zu stärken und ihn den Arbeitern als notwendig erscheinen zu lassen, ist eine wichtige sozialistische Aufgabe und nicht zuletzt die der Leute, die die Lehrer und Theoretiker des deutschen Proletariats zu sein das Streben haben.

Der freie Wille ist etwas Schönes; der geschlossene Kampfeswille des Kapitalismus gegenüber aber muß, so unbequem es auch oft sein mag, ein Gesamtwille proletarischer Kampfgruppen entgegengestellt werden, nicht nur der im Kampfe stehenden, sondern auch aller Arbeiter."

Wir schließen uns diesen Ausführungen vollständig an und meinen, ehe einzelne Theoretiker über zu viel Disziplin in den Gewerkschaften klagen, es der Förderung der Arbeiterbewegung dienlicher wäre, wenn sie die Gewerkschaftsmitglieder auf ihre Rechte und Pflichten aufmerksam machen und ihnen sagen, solange die Führer an der Spitze stehen und nach bestem Wissen im Rahmen der gegebenen Befehle und Satzungen wirken, soll und darf keine Gruppe ihre Anordnungen mißachten; solange die Satzungen gewisse Pflichten auferlegen, sind diese Pflichten zu erfüllen, auch wenn es mitunter nicht ganz leicht fällt. Nun ist ja nicht zu vergessen, daß die Disziplin, die hier gefordert wird, ganz etwas anderes ist, als etwa der militärische Kadavergehorsam. Denn diese Disziplin heißt nicht „Maul halten“, und sie ist nicht unabhängig vom Willen dessen, der in ihrem Bann steht; es ist die Disziplin der Demokratie.

Nur durch diese Disziplin sind Erfolge zu erlangen. Nur wenn sie grundsätzlich und ständig geübt wird, ist die nötige Bereitschaft vorhanden, daß dort, wo einmal gekämpft wird, der Kampf auch siegreich zu Ende geführt wird. Je stärker die Unternehmermacht, je mächtiger die Unternehmerorganisation, desto wichtiger ist das feste Zusammenhalten, die strenge Einheitslichkeit in allen Aktionen der Arbeiter. Ihre Organisationen bedeuten heute ja auch schon erfreulicherweise eine Macht und schließen als solche Verträge ab, die für beide Teile, Unternehmer wie Arbeiter, bestimmte Rechte und Pflichten festsetzen. Auch diese Verträge setzen straffe Disziplin voraus; nur wenn sie vorhanden ist, werden die Führer wagen, Verpflichtungen einzugehen, und werden die Organisationen der Unternehmer bereit sein, ihrerseits Abmachungen zu treffen.

Der christliche Textilarbeiterverband in Nöten.

Auf die Broschüre des ehemaligen christlichen Gewerkschaftssekretärs Nöbling im Zentralvorstand des christlichen Textilarbeiterverbandes hat der Zentralvorstand dieses Verbandes eine Gegenbroschüre herausgegeben. Verfaßt ist diese 16seitige Broschüre von dem 2. Vorsitzenden des christlichen Textilarbeiterverbandes, Franz Fischer. Die ersten 6 1/2 Seiten (einschließlich des Titels) sind Betrachtungen über persönliche Eigenschaften Nöblings. Die natürlich keine sachliche Widerlegung der Nöblingischen Angriffe bedeuten können.

Auf vier vollen Seiten quält sich dann die Broschüre mit der berühmten, von uns nur als nebenächlich erwähnten Geldschrankgeschichte ab. Zu der Einleitung steht die Frage: Was ist an der Sache? Am Schlusse des Kapitels ist man gerade so lang wie zuvor. Daß das Geld in der von Nöbling geschilderten Art aus dem Schrank verschwunden ist, wird nicht bestritten. Der Vorsitzende Fischer habe die ihm von dem Verleugerten des Schrankes übergebenen Schlüssel bei der Reichthigung des Geldschrankes im Juli 1905 nur ganz kurze Zeit (vielleicht einige Minuten) in der Hand behalten und überhaupt im Besitz gehabt.

Bei der 10 Monate später stattgehabten Untersuchung konnte allerdings über den Verbleib der einen Schlüsselgarantur Klarheit nicht geschaffen werden. Ob die Schlüssel verlegt worden waren oder in unrechte Hände gekommen sind, konnte nicht festgestellt werden." heißt es in der Vorstandsbrochüre weiter.

Eine wirkliche Aufklärung der Sache wird nicht gegeben.

Zu der Behauptung Nöblings, der Fabrikant hätte dem Kassierer erklärt, daß er das zweite Paar Schlüssel dem Vorsitzenden Schiffer gegeben und daß dieser den Fabrikanten gebeten habe, dem Kassierer davon nichts zu sagen, wird bemerkt, daß sich der Kassierer der Neuerung nicht erinnere, der Fabrikant aber leide seit Jahresfrist an Gehirnerweichung. Das Erinnern ist erfahrungsgemäß eine schwache Seite der Christlichen, was auch dadurch bemessen wird, daß die Geldschrankgeschäfte verschwinden konnten und zehn Monate lang kein Mensch weiß, was damit geschehen. Dabei ist unbezweifelbar, daß einzig und allein diese Meistergeschäfte dazu gebiet haben können, den Geldschrank unbefugt zu öffnen und das Geld daraus zu entnehmen. Eine heillose Wirtschaft von Wert ist nach in der Gegenchrift die Feststellung, daß der Fehlbetrag infolge der Diebstähle nicht auf Konto irgendeiner Lohnbewegung, sondern als Unkosten gebucht worden ist, und daß Schiffer mit den Eintragungen ins Kassenbuch nichts zu tun hat. Doch auch hier wird vor Gericht näheres bekannt werden.

Auf die für die Arbeiterbewegung wichtigsten Vorwürfe und Enthüllungen Nöblings über die Arbeiterverdrängungen und hinterhältigen Antrigen christlicher Gewerkschaftsleiter gelegentlich des Förderstreiks in Krefeld, die ungeheuerlichen Vorwürfe, die einer gewerkschaftlichen Arbeiterorganisation gemacht werden können, weiß die Broschüre nichts zu sagen, die sonst so rebellen christlichen Zentralvorstände schweigen, schweigen und schweigen!

Es wird nicht der geringste Versuch unternommen, die Angaben Nöblings über die organisierte Streikbrecherei irgendwie zu erschüttern. Damit ist jedes Wort, das Nöbling über diese Arbeiterverdrängende Tätigkeit des christlichen Textilarbeiterverbandes sagt, als völlig wahr zugegeben. Nöbling hat hier Dokumente veröffentlicht, die unbezweifelbar sind, und so beschränkt sich der christliche Zentralvorstand darauf, Nöbling vorzuwerfen, daß er mit seinen Veröffentlichungen den christlichen Verband verraten habe. Er habe seine bisherige Vertrauensstellung im Verband mißbraucht. Das ist alles, was der Zentralvorstand als Antwort auf die aufgedeckten gewerkschaftlichen Schurkereien des christlichen Verbandes zu sagen hat.

Hat man jemals eine erbärmlichere, jämmerlichere Verteilung, die einem Schuldverhältnis gleichkommt, gehört?

Genießt Agnell hat Nöbling Berrat geübt. Aber er hat im Sinne des alten wahren Sprichwortes gehandelt: Wer anderen eine Grube gräbt, fällt selbst hinein. Die christliche Organisation, die dem freien Textilarbeiterverband mehrere Gruben bereitet hat, ist nun selbst in eine Grube gefallen, so tief, daß es ihr schwer wird, wieder herauszukommen.

Nöbling hat die unverschämtesten Bumpereien verraten, die seit Jahren unter dem Deckmantel der Arbeiterinteressenvertretung an den Interessen der Arbeiterklasse verübt worden sind. Nöbling hat durch seinen „Berrat“ der Arbeiterklasse einen bedeutenden Dienst erwiesen, indem er die wahren Berater an den Interessen der Arbeiterklasse der Öffentlichkeit verriet.

In einem Zirkular des Zentralvorstandes werden die Beamten des christlichen Textilarbeiter-

verbandes ebenso höflich wie dringend gebeten, . . . der Zentralstelle einen Bericht darüber einzuenden zu wollen, wie die Nöblingische Broschüre und unsere Gegenchrift auf unsere Mitglieder und auf die Arbeitererschaft gewirkt haben." Ferner wird in dem Zirkular die Absicht mitgeteilt, die sozialdemokratischen Zeitungen, die größere Auszüge aus der Nöblingischen Broschüre veröffentlicht haben, zu verklagen. Dieser Klage kann man mit vollster Ruhe entgegensehen. Wir bezweifeln, daß es dabei für den christlichen Zentralvorstand keine Vorbeeren zu holen gibt. In der „Düsseldorfer Volkszeitung“ veröffentlicht Nöbling folgende Erklärung:

„Nach persönlicher Rücksprache mit dem Zentralvorstand des christlichen Textilarbeiterverbandes habe ich mich davon überzeugt, daß derselbe keine frühere Behauptung über die mündlichen Äußerungen des Fabrikanten Döhlen bezüglich des Verbleibs des zweiten Paares Geldschlüssel nicht aufrechterhält resp. sich dieser Äußerungen durchaus nicht mehr zu erinnern vermag. Soweit daher die mündlichen Äußerungen des Fabrikanten dem Kassierer gegenüber in Frage kommen, fallen dieselben als Beweis für den Verbleib der zweiten Garantur Geldschrankschlüssel weg.“

Bei etwa erforderlichem Neudruck meiner Broschüre wird dieselbe eine diesbezügliche Korrektur erfahren.“

Kein schöner Beitrag zur Vertragereue.

Die weit über die Grenzen Berlins bekannte Weltfirma Lederwarenfabrik A. Schwalbe G. m. b. H. Berlin kann sich aufsehend nicht daran gewöhnen, die Bestimmungen des Tarifs für die Lederwarenbranche auch einzubalten. Schon zu wiederholten Malen machten sich Vorstellungen der Organisationsvertreter notwendig, ohne jedoch, trotz aller Versprechungen, den gewünschten Erfolg zu erzielen. Vor allem ließ die Firma, entgegen den Bestimmungen des § 6 Ziffer 5 des Vertrages, Kapsellaschen außer dem Hause anfertigen und entgegen der Ziffer 7 desselben Paragrapheu beschäftigen sie Zwischenmeister auf Taschen außer dem Hause. Bereits am 6. November 1911 war die Schlichtungskommission genötigt, die Firma A. Schwalbe wegen dieser Tarifverstöße in eine Strafe von 150 Mk. zu nehmen. Doch muß die verbotene Beschäftigung von Außerhausarbeitern und Zwischenmeistern ein einträgliches Geschäft sein.

Anfänglich hielt sie sich an den Tarif. Doch als eine gewisse Zeit verstrichen, machte sie erit langsam den Versuch, ob das Auge der Gewerkschaft wandt. In Vertikationsungen wurde nämlich festgestellt, daß die Firma es mit der Einhaltung des Tarifes wieder nicht so genau nimmt und gegen die oben angezogenen Bestimmungen verstößt. Der Organisationsvertreter Kollege Schulze wurde dornelilig; die Firmeninhaber betätigten die Tarifveröße, konnten sich aber nicht zu einer Abstellung derselben verstehen. Erst als Klage bei der Schlichtungskommission beantragt und Termin zum 27. Oktober angelegt war, war die Firma zu einem außergerichtlichen Vergleich erbötig, der dann auch am 25. Oktober zustande kam und folgenden Wortlaut hat:

Berlin, den 25. Oktober 1913.
Vereinbarung.

Zwischen der Firma A. Schwalbe, G. m. b. H., vertreten durch Herrn Schlefinger, und dem Verband der Sattler und Portefeuller, vertreten durch Herrn Schulze, wurde bezüglich der bereits am 10. Oktober dem Schiedsgericht unterbreiteten Klage wegen der vorliegenden Tarifveröße in Gegenwart des Herrn Große (Obmann der Fabrikantenvereinigung, D. N.) folgender Vergleich geschlossen:

Die Firma zahlt an Herrn Schulze für den Verband der Sattler und Portefeuller eine Entschädigung von 200 Mk. für den denselben angeblich er-machten Schaden.

Die Firma verpflichtet sich zur Innehaltung des Vertrages während der Dauer desselben. Dagegen verpflichtet sich Herr Schulze im Namen des Verbandes der Sattler und Portefeuller, die gegen die Firma bereits beim Schiedsgericht anhängig gemachte Klage sofort zurückzuziehen und sich in allen wirklichen oder vermeintlichen Ansprüchen an die Firma bis zum heutigen Tage für vollständig befriedigt zu erklären.

A. Schwalbe, Gesellschaft mit beschr. Haftung.
Ernst Schulze, Schlefinger.

Wir sind überzeugt, der Ausgang dieser Angelegenheit wird bei unseren Kollegen eine gewisse Befriedigung auslösen. Trotzdem müssen wir sagen, daß wir im Interesse der Vertragstreue es liebsten bedauern, wenn einzelne Unternehmer nicht davon ablassen und immer wieder den Versuch machen, die

von ihnen mitgeschickten Geleite zu umgeben, in der Erwartung, der Verband merkt es doch nicht. Gerade dieser Umstand ist es, der uns misfällt und kein günstiges Licht auf einen Teil unserer Kollegen wirft. Würden nämlich alle Kollegen von ihrer Pflicht Gebrauch machen und vorkommende Tarifverträge an zukünftiger Stelle meiden, die Unternehmer würden sich sänder bitten, anders zu handeln, als wie es ihnen auf Grund des Vertrages gestattet ist. Die Verhandlung von Geldstrafen sind nur Palliativmitteln, die nur vorübergehend und im einzelnen helfen können. Die beste Prophylaxe gegen Tarifbrüche sowie gegen jede Verschlechterung im Arbeitsverhältnis ist und bleibt eine starke Arbeiterorganisation, deren Mitglieder jederzeit zum pflichtbewußten Handeln bereit sind.

Der Bund deutscher Sattlerinnungen zerbröckelt.

Bis jetzt ist die Berichterstattung über den Verlauf des Bundestages deutscher Sattlerinnungen im Bundesorgan noch nicht zu Ende geführt und immer noch können sich die wiederer Sattlermeister im Reiche an den glänzenden Verlauf der in Halle gebotenen Festlichkeiten ergötzen. Doch plötzlich verflücht das bengalische Licht, denn die festgebende Innung in Halle a. S. will mit dem Sattlerbunde nichts mehr zu tun haben. Sie hat sich gewiß die verblühte Ruhe gegeben, den Kongreßteilnehmern den Aufenthalt in der Saalestadt so angenehm wie möglich zu machen, was mit dazu beitrug, manch einen über den wahren Zustand des Innungsbandes hinwegzutäuschen. Aber Herr Göldner mit seinen Innungsbrüdern in Halle haben hinter die Kulissen geschaut und wollten mit der Mitgliedschaft im Bundesverband gründlich aufräumen. Herr Göldner ging mit mehr Eifer als Geduld an die unangenehme Aufgabe und erhielt nur von einigen Berlinern Kulturs. Die anderen wollten durch seinen Mission ihre Vergnügungstour gestört wissen; sie wählten mit einer Ausnahme den alten Vorstand wieder. Ihre ganze Kraft war mit der Wahl einer Rechnungsprüfungskommission verpufft. Dem in zwei Jahren in Köln stattfindenden Bundestag sollte die gründliche Reinigung vorbehalten bleiben. Schon auf dem Bundestage ließ die Sattlerinnung Halle durch ihren Sprecher erklären, wenn nicht sofort eine Aenderung mit dem Bundesorgan vorgenommen wird, die Hallenser dann aus dem Bund austreten und einen mitteldeutschen Sattlerbund gründen wollen. Herr Göldner wurde in die Rechnungsprüfungskommission gewählt und hat dabei gewiß Dinge geschaut, die ihn veranlaßten, seinen Kollegen zu empfehlen, so schnell wie nur möglich den Bund deutscher Sattlerinnungen zu verlassen.

Am 10. Oktober fand nun eine außerordentliche Generalversammlung der Zwangsinnung Halle statt, wozu die Herren Zehle und Warntel aus Berlin erschienen waren, um zu retten, was zu retten ist. Herr Sattlermeister Hoffschmidt begründet den Antrag: Austritt aus dem Bunde deutscher Sattlerinnungen mit der Motivierung, daß bis zum 1. Juli 1914 weder im Verbandsbureau noch im Verbandsorgan ein Wandel zum Besseren zu erzielen sei. Bis jetzt sind für das „graue Elend“ 9000 bis 10000 Mk. Schulden festgesetzt, doch ist die Prüfung der Bücher noch nicht abgeschlossen und eine höhere Schuldenlast vorausichtlich. Zudem erfüllt das Organ seine Aufgaben in keiner Weise und liebt das Gebotene in seinem Verhältnis zu den Kosten. Der jahrelange Austritt sei geboten, wolle man nicht zur Deckung der Schulden mit herangezogen werden. Herr Zehle versuchte erst gar nicht die Innung zur dauernden Mitgliedschaft im Bunde zuzureden, sondern empfiehlt ihr nur, mit dem Austritt bis zum 1. Juli 1914 zu warten, sonst würden noch eine Anzahl Innungen die Bundesfahne verlassen. Doch alles nützte nichts. Die einmal rabiat gewordenen Innungsmeister gingen mit ihrem Bundespräsidenten arg ins Gericht. Als ihm der Vorwurf gemacht wurde, er habe in Hamburg die finanzielle Lage des Verbandsorgans verschwiegen, reichte der tapferer Mann sich heraus: „Es hat mich niemand danach gefragt.“ Begreiflicherweise gingen die Wogen der Erregung sehr hoch, welche durch eine Kunde Vier des Herrn Göldner beschwichtigt werden sollten. Es wurde mit 19 gegen 5 Stimmen der Beschluß gefaßt, aus dem Bunde Deutscher Sattlerinnungen auszutreten. — Diese Tatsache bestätigt nur, was wir bei der Berichterstattung über den Bundestag voraussetzten. Daß gerade die Innung Halle die erste ist, die mit der Abbröckelung beginnt, dürfte das Schicksal des Bundes besiegeln. Würden doch hier noch vor wenigen Wochen die glanzvollsten Reden über die notwendige Einigkeit der Sattlermeister geführt. Regierungsvertreter und andere Herren lobten den Bund über das Höhenlied. Angedacht und angefangen wurde in Halle die Bundesstreue und nun? Bang iragt der Bundesvorstand, wer wird uns nun verlassen?

Aus Industrie und Handel.

Die Offenbacher Lederwarenindustrie und der neue amerikanische Zolltarif. Ein Offenbacher Portefeulle-Fabrikant äußert sich auf eine Umfrage der „Kant.“ über den Einfluß des neuen amerikanischen Zolltarifs auf das Geschäft in Lederwaren wie folgt:

Daß die zehnprozentige Ermäßigung auf die Einfuhr meiner Artikel nach den Vereinigten Staaten von Amerika einen besonderen Einfluß auf den Umsatz ausübt, glaube ich nicht, da schon seit geraumer Zeit und auch in Zukunft der Amerikaner seinen Einkauf auf solche Artikel beschränkt, die in Amerika nicht fabriziert werden. Nun ist aber die Zolltarifliste gerade meiner Artikel in Amerika in den letzten Jahren derart gewachsen, daß von einem solchen Export kaum noch die Rede sein kann. Man hat im allgemeinen die Erfahrung gemacht, daß die amerikanischen Einfuhrer sich darauf beschränken, solche Gegenstände zu kaufen, welche man als „Neuheit“ in den Handel bringt; auch von solchen Artikeln befreit speziell der Nordamerikaner nur kleinere Mengen, in den meisten Fällen nur zum Nachmachen. Bei feineren Sachen macht die zehnprozentige Ermäßigung wenig aus, billigere Sachen können auch nur 30 Proz. Zoll mehr erpartiert werden, da diese Ware auch den niedrigen Zoll nicht verträgt. In dem wird die Offenbacher Industrie besonders durch die amerikanischen Erklärungen über den Zollengoll beunruhigt.

Steigerung der amerikanischen Automobilzufuhr. Die Automobilzufuhr der Vereinigten Staaten hat im Jahre 1912 einen ungeheuren und bisher noch nirgends im Automobilhandel erreichten Aufschwung genommen und sich gegen das Jahr 1911 nahezu verdoppelt. Sie betrug im Jahre 1912 rund 91 Millionen Mark, woraus sich die Zahl der ausgeführten Wagen auf etwa 10000 schätzen läßt, gegenüber nur 54 1/2 Millionen in 1911 und 40 Millionen in 1910. Die Zufuhr nach Deutschland ist jedoch nur gering und hat die Höhe von 1910 noch nicht wieder erreicht. Die Einfuhr von Automobilen aus Deutschland ist sogar größer, so sie 1912 rund 1 1/2 Millionen Mark betrug, gegen 1300000 Mark im Jahre 1911. Die gesamte Einfuhr von Autos nach den Vereinigten Staaten hatte 1912 einen Wert von 12 Millionen Mark. In der amerikanischen Handelsstatistik finden sich 1912 auch zum ersten Male Flugzeuge. Es wurden von Amerika für etwa 445000 Mk. Flugzeuge, also ungefähr 20 Stück ausgeführt, davon für 280000 Mark ein Wasserflugzeug nach Deutschland, während nach Amerika für 258000 Mk. Flugzeuge eingeführt wurden.

Korrespondenzen.

Höppern i. T. (S. 27, 10.) Samstag, den 11. Oktober, fand in Höppern beim Gastwirt Braun eine Mitgliederversammlung statt, wozu Gründung einer selbständigen Verwaltungsstelle. Auf Wunsch der hiesigen Kollegen erhaltete Gauleiter Hof einen kurzen Ueberblick über das Leben und Treiben einer selbständigen Zählstelle. Daraufhin wurde ein Antrag, daß die Filiale Höppern als eigene Zählstelle innerhalb der Offenbacher Bezirksorganisation bestehen solle, angenommen. Als Vorstandsmittglieder wurden gewählt die Kollegen Heinrich Schäfer, Vorsitzender; Wilhelm Ködric, Schriftführer, Adam Gregorio, Kassierer. Ferner wurde beschlossen, die Monatsversammlungen jeden ersten Freitag im Monat abzuhalten. Am Schluß eines Vierteljahres soll eine regelrechte Quartals- bzw. Generalversammlung stattfinden.

Sozialen.

Sozialdemokratische Interpellation über die Arbeitslosigkeit. Die sozialdemokratische Fraktion wird beim Zusammentritt des Reichstages folgende Interpellation einbringen: „Welche Maßregeln denkt der Herr Reichstagskanzler zu ergreifen, um den schlimmen Folgen der Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken, die durch immer wiederkehrende wirtschaftliche Krisen verhärtet werden? Ist er insbesondere bereit, eine alle Arbeiter und Angestellten umfassende reichsweite Arbeitslosenversicherung in die Wege zu leiten sowie zur Bekämpfung der derzeit besonders sich geltend machenden nachteiligen Folgen der Arbeitslosigkeit geeignete Abhilfsmittel zu ergreifen?“

Die Versicherungsfrage gegen Arbeits- und Stellenlosigkeit in Köln hielt am 13. Oktober ihre Hauptversammlung ab. Aus dem dort erstatteten Bericht des Geschäftsführers Dr. Mademker interessiert vor allem dessen Urteil über die Wirkung der Versicherung überhaupt. Er bezeichnet die Frage, die im letzten Geschäftsjahre für 3500 Arbeitslose tagelange Unterstützungszuschüsse gezahlt hat, als eine überaus segensreiche Einrichtung. Aus seiner Erfahrung heraus beiträgt er auch, daß eine staatliche oder gemeindliche Arbeitslosenversicherung — sei es

nach dem Kölner oder nach dem Wiener System — die Kampfmittel der Gewerkschaften fördere, wie dies von den Gegnern dieses Fortschrittszweiges immer eingewendet wurde. Um Gegenteil hätten die Kölner Gewerkschaften infolge der Versicherung sogar 19000 Mark mehr als sonst aus eigener Kasse für Arbeitslosenunterstützung aufwenden. Eine Förderung der Gewerkschaften könne man nur dann darin erblicken, wenn man solche in jeder Lohnerhöhung sehe und demnach diese bekämpfen wolle. Wo es ja auch bei vielen Unternehmern zutrifft! Ebenso sei es falsch, daß durch diesen Versicherungszweig die Landwirtschaft gefördert werde.

Das Kölner System beruht bekanntlich auf der Rückversicherung der Gewerkschaften, die also selbst Beiträge an die Kasse zahlen, und der direkten Versicherung Unorganisierten. Mit der letzteren hat man in Köln ebenso unangenehme Erfahrungen gemacht wie in anderen Orten. Nur 150 Personen machten von der gebotenen Gelegenheit Gebrauch, und das waren durchweg schlechte Kisten, also Leute mit häufiger Arbeitslosigkeit, denn auf den Kopf der Versicherten entfielen durchschnittlich 27 Tage der Arbeitslosigkeit gegen nur vier bei den Rückversichernden (Gewerkschaftlern). Die Kasse will nun versuchen, durch Anstellung von Agenten die Zahl der versicherten Unorganisierten zu erhöhen, doch glauben wir kaum, daß sie damit einen wesentlichen Erfolg erzielt. Immerhin kann man auf den Ausgang dieses Versuches gespannt sein.

Die gesetzliche Regelung der Heimarbeit beschäftigt den Sechsten österreichischen Gewerkschaftskongreß, welcher anfangs dieses Monats in Wien tagte und folgende Resolution einstimmig annahm: „Der Kongreß verlangt die endliche Vorlage eines Gesetzesentwurfes zur Regelung der Heimarbeit und erklärt, daß ein solches Gesetz nur dann von Bedeutung für die Heimarbeiter sein kann, wenn folgende Grundzüge verwirklicht erscheinen:

1. Festsetzung rechtsverbindlicher Minimallohne und sonstiger Arbeitsbedingungen durch paritätisch zusammengesetzte Heimarbeiterkommissionen.
2. Strenge Vorschriften über die Einrichtung und Verhältnisse der Arbeitsstätten in der Heimarbeit.
3. Verbot der Heimarbeit in Räumen, in welchen sich Personen aufhalten, die mit ansteckenden Krankheiten behaftet sind, und Vernichtung aller Waren, bei denen die Gefahr der Uebertragung von Krankheiten durch die Uebertragung des obigen Verbotes besteht, auf Kosten des Unternehmers.
4. Verbot der erwerbsmäßigen Heimarbeit.
5. Unterstellung der Heimarbeitstätten unter die Kontrolle eigener aus der Arbeiterschaft entnommener Gewerbeinspektoren.
6. Verpflichtung der Unternehmer zur Führung einer genauen Liste mit Namen und Adressen aller von ihnen als Heimarbeiter oder Zwischenmeister beschäftigten Personen.
7. Diese Listen müssen sowohl dem Gewerbeinspektor als auch der zuständigen Krankenkasse in bestimmten Perioden zugesendet werden.
8. Verbot der Ausgabe von Arbeit außer Haus durch Zwischenpersonen.
9. Einführung von Lohnbüchern, Mundmachung der Lohnkarte für die Heimarbeiter oder Zwischenmeister an leicht zugänglicher Stelle.
10. Ausdehnung der Kranken- und Unfallversicherung auf die Heimarbeiter und Stückmeister unter Belastung des Dampfmaschinenbauers mit der vollen Beitragsleistung für alle von ihm beschäftigten Personen.
11. Lohnstillenpannung.
12. Die Möglichkeiten, die Bestimmungen eines zwischen den Heimarbeitern oder Stückmeistern und dem Unternehmer abgeschlossenen Kollektivarbeitsvertrages auf sämtliche in Betracht kommenden Unternehmer durch Beschluß der Kommission auszuweihen.
13. Verkündung wirksamer Strafen für die Uebertretung der Bestimmungen dieses Gesetzes.

Indem der Kongreß diese Forderung an Regierung und Parlament mit allem Nachdruck stellt, erklärt er es als dringende Pflicht aller in Betracht kommenden Gewerkschaften, der Organisierung der Heimarbeiter ihre besondere Aufmerksamkeit zu widmen, um auch auf diesem Wege die unabweisbaren Mängel, die sich in der Heimarbeit zeigen, beseitigen zu helfen und womöglich bessere Arbeitsbedingungen zu erringen.

Die Versicherung ein glänzendes Geschäft. Die Versicherung ist ein glänzendes Geschäft für die kapitalistischen Gesellschaften, ihre Aktionäre und Aufsichtsräte! Im Jahre 1912 erzielten die 45 Lebensversicherungs-gesellschaften einen Gesamtüberschuß von 175 908 281 Mk., davon entfielen auf die 26 Aktiengesellschaften 103 902 003 Mk., auf die 19 Gegenseitigkeitsgesellschaften 71 916 278 Mk. Von diesem Ueberschuß erhielten die Aktionäre 9 200 653 Mark, die Aufsichtsräte an Entnahmen 3 863 265 Mk., die Kapital- und andere Reserven 9 061 159 Mk. An

ihre Aktionäre zahlten z. B. die „Thuringia“, Erfurt, 1.200.000 Mk., die „Wilhelma“, Magdeburg, 1.050.000 Mk., die „Victoria“, Berlin, 900.000 Mk., die Bayerische Versicherungs-Bank 850.000 Mk., die „Providentia“, Frankfurt, 700.000 Mk., die „Friedrich-Wilhelm“, 570.300 Mk., „Nordstern“, Berlin, 471.564 Mk., die „Germania“, Stettin, 432.000 Mk. Tantiemen an Aufsichtsrat und Vorstand zahlten: „Victoria“ 870.825 Mk., „Nordstern“, Berlin, 324.131 Mk., „Friedrich-Wilhelm“ 250.139 Mk., „Thuringia“, Erfurt, 199.155 Mk., „Wilhelma“, Magdeburg, 151.617 Mk., „Providentia“, Frankfurt, 143.524 Mk. Da die „Vollstreckung“ ihr Aktienkapital nur mit 4 Proz. verzinst, Dividende und Tantieme an Vorstand und Aufsichtsrat nicht bezahlt, kommen bei ihr alle Ueber-schüsse reiflos den Versicherten zugute.

Rundschau.

Folgen des belgischen Generalstreiks. Der belgische Generalstreik, vor dessen Ausbruch angeblich auch die Industriellen versprachen, in ihrer Mehrzahl auf Seiten der Arbeiter stehen zu wollen, hat für die Gewerkschaften eine Zeit der bittersten Kämpfe im Gefolge. Kaum war er beendet, da kam der wohl vorbereitete Angriff der Unternehmerorganisationen — gewöhnlich im Bunde mit christlichen Gewerkschaften — auf die beständigsten belgischen Gewerkschaften. Es war den Unternehmern darum zu tun, die festgestellten Arbeitsverträge los zu werden. Zu diesem Zweck erfolgte eine Reihe von Aus-sperrungen, die nur zum Teil zugunsten der Arbeiter ausliefen. So mußten die seit vollen vier Monaten ausge-sperrten Arbeiter der Präfektur Wageningen und Automobilindustrie den Kampf aufgeben und die Bedingungen der Unternehmer akzeptieren, obwohl sie von der Gesamtarbeiterschaft in der prächtigsten Weise unterstützt worden waren. Dabei galt ihre Gewerkschaft als eine der stärksten des Landes. Der Metallarbeiterverband und andere Gewerkschaften, die ebenfalls erhebliche Mitglieder-verluste erlitten, müssen heute noch Mitglieder unter-stützen, die infolge des Generalstreiks im Frühjahr gemargretelt wurden. Gewiß werden sie auch diese Schwierigkeiten überwinden, aber nach Ansicht der Unternehmer sind die Gewerkschaften gerade jetzt am meisten geschwächt. Dabei ihr unerhöhter prosofo-torisches Vorgehen gegen organisierte Arbeiter. Und auch die Regierung schickt sich an, den Willen der Unternehmer und der christlichen, oder, wie sie dort mit Recht heißen, der gelben Gewerkschaften nachzu-kommen. Sie hat durch den Industrieminister der Kammer einen Gesetzentwurf zur Eröffnung des Streiks und Koalitionsrechtes vorgelegt, der in der nächster Zeit zu heftigen Kämpfen zwischen den Par-teien führen dürfte. Nach dem Entwurf soll der König für jede Provinz eine Kommission der Ar-beitsmittler ernennen, die aus dem vom König ernannten Vorsitzenden und vier Beisitzern besteht. Auch zwei der Beisitzer sind durch den König zu er-nennen, je einer dagegen durch die Unternehmer-bezw. Arbeitgebervereine des betreffenden Bezirks. In gleicher Weise soll eine „Zentralkommission der Ar-beitsmittler“ zusammengefaßt werden, die solche Konflikte, an denen mindestens 300 Arbeiter betei-licht sind und die in der „ersten Instanz“ nicht be-schiedigt wurden, vorgelegt werden können. Dem durch Unternehmer oder Arbeiter gestellten Verlangen auf Verhandlung vor der Kommission muß auch der andere Teil zustimmen. Die Arbeiter können sich, wenn ihre Zahl 15 übersteigt, durch Delegierte ver-treten lassen. Die Kommission hat eine Einigung zu versuchen, doch kann jeder der Arbeiterdelegierten verlangen, daß das Ergebnis den beteiligten Ar-beitern zur Abstimmung vorgelegt werde. Dasselbe kann die Minorität der Delegierten verlangen, wenn nur sie mit dem Unternehmer einig wurde und wenn sie mindestens ein Viertel der Delegierten vertritt. Erfolgt die Einigung nicht, so kann die Kommission mit Zustimmung beider Parteien, eventuell nach be-sonderer Abstimmung der Arbeiter, als Schieds-gericht fungieren. Bei Streiks und Ausperrungen darf die Kommission das Schiedsgerichtamt erst nach Wiederaufnahme der Arbeit übernehmen. Schiedsprüche sind noch innerhalb desselben Mo-nats zu fällen. Wenn die Parteien sich weder einig noch einem Schiedsgericht zustimmen, so hat die Kommission ein „begründetes Urteil“ über die Streitpunkte, beiderseitigen Schuldsfragen usw. abzugeben und zugleich zu bestimmen, für welche Zeit dieses Urteil in Kraft sein soll. Der Teil, gegen den sich das Urteil richtet, kann innerhalb drei Tagen Ver-suchung einlegen an die gebaute Zentralkommission, vorausgesetzt, daß 300 Arbeiter an dem Konflikt be-teiligt sind. Die Kommission tritt in regelmäßigen Zwischenräumen zusammen, versammelt sich aber sofort: 1. auf Antrag der Parteien, wenn der Vor-sitzende die Dringlichkeit anerkennt; 2. im Falle von Streik oder Ausperrung. Im letzteren Falle soll also anscheinend ein Antrag der Parteien gar nicht nötig sein. Danach würde die Kommission also bei allen Arbeitsniederlegungen ohne weiteres in Funk-

tion treten. Der schlichtende Teil des Gesetzes aber-seigt nach: Mit Geldstrafen von 25 bis 500 Frank- wird bestraft jeder, der an Streik oder Ausperrung beteiligte Arbeiter oder Unternehmer zum Gehen, Darlehen oder Vorschüsse unterdrückt, solange sie sich weigern, ihren Streikfall der Kommission vorzulegen oder in allen Punkten dem Einigungsverfahren zu-zustimmen, oder solche, gegen die die Kommission ein „begründetes Urteil“ abgegeben hat. Wenn diese Unterstützung durch ein Komitee oder eine Organisa-tion gescheit, so sind alle daran Beteiligten zu be-strafen. Ferner dürfen ihnen aus öffentlichen Mit-teln keinerlei Zuwendungen mehr gemacht werden. Eine Ausnahme sollen Mäntelnde und „sozialtätige Personen“ bilden, die einzelne oder mehrere Arbeiter direkt unterstützen bzw. ihnen Kredit geben. Da-durch soll den christlichen Gewerkschaften, deren geist-liche Leiter sicher allem als „sozialtätige Personen“ angesehen werden dürften, offensichtlich ein Hin-terbüden geöffnet werden. Uebrigens hat ihr Leiter, der Vater Muller, dem Entwurf bereits zugestimmt. Allerdings sollen auch die Gewerkschaften zu diesen Ausnahmen gehören, wenn sie: 1. in Belgien ihren Sitz haben; 2. nur aus Angehörigen derselben oder verwandter Industrien, in denen dieselben Ergänz-nisse hergestellt werden, bestehen; 3. alljährlich dem Ministerium der Industrie und Arbeit Bericht über Mitgliederzahl, ihre Verteilung nach Berufung und über die Zeitung geben. Der Bericht muß genau die Personalien aller Vorstandsmitglieder sowie An-gaben über die im letzten Jahre geführten oder un-erfüllten Streiks und Ausperrungen enthalten. Wenn es sich bei dem Konflikt nur um Lohn- oder Arbeitszeitfragen handelt, so sollen Unternehmer und Arbeiter desselben Ortes und desselben Berufes ebenfalls zu den erwähnten Ausnahmen gehören. Es ist selbstverständlich, daß die Gewerkschaften diesem Ausnahmegebot den stärksten Kampf auftragen. Am 8. Oktober hat schon eine besondere Konferenz der belgischen Gewerkschaftskommission zu dem Ent-wurf Stellung genommen und ihre Zustimmung be-raten. Sie ist überzeugt, daß es bei dem heutigen Stande der belgischen Arbeiterbewegung glücklicherweise doch nicht mehr möglich sein wird, das Koalitions- und Streikrecht der Arbeiter einfach illusorisch zu machen.

Ein unfreiwilliges Geständnis. Unter dieser Ueberschrift wird dem Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften vom Essener geistlichen „Wertverein“ freundschaftlich ein fataler Schnitzer unter die Nase gehalten, der dem christlichen Organ bei der Wochen-wäsche an der Leitung des christlichen Textilarbeiter-verbandes unterlaufen ist. Das christliche Blatt hatte in seiner Nr. 21 geschrieben: „Der frühere Beamte des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands“, Wilhelm Möhling, ist von dessen Vor-sitz entlassen worden. Von Rechts wegen! Uns ist von dem mehr als 350 Beamten der christlichen Gewerkschaftsbewegung keiner bekannt, der an Kon-sequenz, Unfähigkeit, positive organisatorische Arbeit zu leisten, und an persönlichen unsympathischen Eigen-schaften an Möhling heranzieht.“ Darob der „Wertverein“ meint: „Da muß ja das Zentrums-blatt noch eine ganze Reihe von christlichen Beamten kennen, die zwar an Konsequenz und Unfähigkeit, so-wie an persönlichen unsympathischen Eigenschaften an Möhling nicht heranzieht“, aber doch über ein hübs-ches Päckchen der genannten Vorzüge verfügen. Uns will auch dünken, als laufen ziemlich viel derartige Musterknaben in der christlichen Gewerkschaftsbe-wegung herum.“

Die Kalkarmut unserer Nahrung. Das Knochen-skelet ist es, was unserem Körper Halt und Stütze gewährt. Gesund und kräftig kann unser Organismus nur dann sein, wenn das Knochen-skelet harmonisch und ebenehmig ausgebildet ist. Durch schwache Entwicklung des Knochenstems wird aber der ganze Körper ungünstig beeinflusst. Das sieht man am deutlichsten bei der verbreiteten „Eng-lischen Krankheit“ der kleinen Kinder. Die Knochen-schwäche stellt hier nicht ein lokales Leiden vor, son-dern zieht den ganzen Körper in Mitleidenschaft, was sich u. a. an der starken Reizbarkeit des Nerven-systems zu erkennen gibt. Erfahrene Beobachter wollen nun eine Zunahme dieser Knochen-schwäche wahrgenommen haben und mit Beunruhigung sehen sie in dem mangelhaft entwickelten Knochen- und Zahngebilde ein Zeichen der zunehmenden Degenera-tion unserer Zeit. Die Ursache der Knochen-schwäche findet Dr. Meinsorge hauptsächlich in unserer Ernäh-rung, die auf eine kräftige Knochenbildung zu wenig Wert legt, denn unsere Hauptnahrungsmittel Fleisch, Brot und Kartoffeln sind zu wenig kalkhaltig und daher keine Knochenbildner. — Je größer die Fleischaufnahme ohne Knochenstoffzufuhr, desto schlechter ist es um das Knochenwachstum bestellt. Bei der Auswahl pflanzlicher Nahrung sollte auf den Kalkgehalt derselben mehr Bedacht genommen werden, als es jetzt der Fall ist. Den kleinen Kindern gibt man keine Mehle, aber diese enthalten auch zu wenig Kalk, und es entwickeln sich Zahn- und Knochen-schwäche daher gerade in den Jahren, in

welchen der Körper wegen seines Wachstums beson-ders reichlicher Zufuhr an knochenbildender Substanz nötig hat. Et beruht auch die Reichhaltigkeit weniger auf Eisen als auf Kalkmangel.

Die Anwendung von Kalk- bezw. Knochen-salzen ist daher bei Reichhaltigkeit oft von gutem Erfolge.

Die so beliebten Wurzeln der Pflanzgattung, Salate und Obst enthalten nur wenig Kalk. Es müssen da-her dem Organismus Kalk und Knochen-salze in Form von organischen Salzen zugeführt werden.

Alligatorenzucht in Florida. Vor etwa 20 Jah-ren wurde in Jacksonville, Florida, die „Florida Allig-ator Farm“, ein Zweiggeschäft der in Hot Springs, Arkansas, betriebenen „Arkansas Alligator Farm“ und der in Los Angeles, California, bestehenden „California Alligator Farm“ gegründet. Die An-lage in Jacksonville besitzt, nach einem Bericht des Monatslichen Monatsblattes in Atlanta, zurzeit 5000 Alligatoren und 200 Krokodile. Die Alligatoren sind dort in allen Größen und in jedem Lebensalter ver-treten, von den kleinsten, nur wenige Zoll großen Tieren, bis zum ausgewachsenen, etwa 300 Jahre alten Exemplare von 14 Fuß Länge. Während der Brutzeit, d. i. von Juli bis Oktober, werden in Jack-sonville alljährlich etwa 2000 Tiere ausgebrütet. Das Ausbrüten der Eier dauert 60 Tage. Die meisten zur Brut verwendeten Eier stammen von Tieren der eigenen Farm, doch werden öfters auch Alligatoren-er von Alligatorenjägern gekauft.

Ein ausgewachsener Alligator erzielt einen Preis von etwa 100 Dollar. Hierbei ist jedoch zu be-rücksichtigen, daß diese ausgewachsenen Tiere in der Regel nur für Ausstellungs-zwecke verkauft werden und daß die Häute solcher Tiere nicht verarbeitet wer-den können, weil deren Nutenhaut zu hart ist. Die wertvollsten Alligatorenhäute sind jene von 3 bis 5 Fuß langen Tieren. Ihr Preis schwankt zwischen 10 Cent bis 1,00 Dollar für die Nutenhaut, während die Rücken-haut nur etwa den dritten Teil der Nuten-haut wert ist. Häute von 2 Fuß langen Tieren er-zielen in der Regel 10 Cent das Stück, solche von 9 Fuß langen Tieren 1,60 Dollar das Stück. Häute von größeren Tieren sind dagegen nahezu wertlos.

Schauung des Zentralvorstandes.

Die grüne Karte über die Aufnahme der Arbeitslosigkeit am 25. Oktober ist bis Montag, den 3. November, einzufenden.

Bücherschau.

Die Schneiderbewegung in Deutschland, ihre Organisation und Kämpfe. Anlässlich des 25-jährigen Bestehens des Verbandes der Schneider usw. wurde Eduard Bernheim mit der Aufgabe betraut, die Geschichte der deutschen Schneiderbewegung zu schreiben, dessen erster Band soeben im Buchhandel zum Preise von 6 Mk. erschienen ist. Nicht nur den Fachgenossen, sondern jedem Freund der Arbeiterbewegung wird in dem ersten Band Ge-legenheit gegeben, sowohl die Geschichte des Schnei-dergewerbes als wie auch die Vorläufer der jetzigen Fachorganisation und der allgemeinen Arbeiterbewe-gung kennen zu lernen. Der Schneiderverband hat sich mit der Herausgabe dieses Werkes um die Ver-reicherung der Gewerkschaftsliteratur durchaus ver-dient gemacht und wünscht wir dem schon ausge-schickten Buche die weiteste Verbreitung.

Adressenänderungen.

Halle a. S. Arbeitsnachweis: D. Stage, Schillerstr. 41.
Hiel. K. Otto Kravenhöft, Reudoburger Land-straße 52.

Sterbetafel.

Berlin. Am 24. Oktober verstarb der Portefeuille-Otto Lübbe, 88 Jahre alt.
Ehre seinem Andenken!

Verammlungskalender.

Nachen. Sonntag, den 9. November, vormittags 11 Uhr, bei Dahmen.
Berlin. Branchensammlungen. Ge-schäftsbranche: Donnerstag, den 6. November, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 16. — Portefeuilles- und Reiseartikel-branchen: Mittwoch, den 6. November, abends 6 Uhr, bei Graumann, Raumnstraße 27. — Seimarbeiter der Lederwarenbranche: Montag, den 10. November, abends 8 1/2 Uhr, bei Graumann, Raumnstraße 27. — Militärbranche: Mitt-

woch, den 5. November, abends 6 Uhr, in den Pracht-
sälen „Alte Berlin“, Blumenstraße 10. — Lind-
leumleger u. Teppichnäher: Mittwoch, den
5. November, abends 8 1/2 Uhr, bei Weibacht, Grün-
straße 21. — Wagenbranche: Mittwoch, den
5. November, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschafts-
haus, Engelstraße 15. — Eisenmöbel- und
Lederschlupfpolierer: Donnerstag, den 6. No-
vember, abends 8 1/2 Uhr, im „Graphischen Vereins-
haus“, Alexandrinenstraße 44.
Bremen, Samstag, den 8. November, abends
8 1/2 Uhr, „Gewerkschaftshaus“.
Bremerhaven, Sonnabend, den 8. November,
abends 8 1/2 Uhr, Lange Straße 18.
Breslau, Sonnabend, den 8. November, abends
8 1/2 Uhr, „Gewerkschaftshaus“.
Cheunty, Sonnabend, den 8. November, abends
9 Uhr, „Stadt Reichen“.
Göthen, Sonnabend, den 8. November, abends
8 1/2 Uhr, „Ludwigshalle“.
Dessau, Sonnabend, den 8. November, abends
8 1/2 Uhr, „Tivoli“.

Duisburg, Freitag, den 7. November, abends
8 1/2 Uhr.
Dortmund, Samstag, den 8. November, abends
9 Uhr, bei Jankowsh.
Düsseldorf, Samstag, den 8. November, abends
8 1/2 Uhr, Kafarnenstraße 65.
Essen-Muhr, Samstag, den 8. November, abends
8 1/2 Uhr, „Eiffelturm“.
Esslingen, Freitag, den 7. November, abends
6 1/2 Uhr, „Lammkeller“.
Gera-N., Sonnabend, den 8. November, abends
8 1/2 Uhr, Reiber Gasse.
Görlitz, Sonnabend, den 8. November, abends
8 1/2 Uhr, „Goldenes Kreuz“.
Halle a. d. S., Sonnabend, den 8. November,
abends 8 1/2 Uhr, „Volkspark“.
Heilbronn, Samstag, den 8. November, abends
8 1/2 Uhr, „Schwäbische Bierhalle“.
Kaiserslautern, Sonnabend, den 8. November,
abends 9 Uhr, „Schützenheim“.
Kassel, Freitag, den 7. November, abends
8 1/2 Uhr, Graben bei Sommer.

Kl. Anheim, Samstag, den 8. November, abends
8 1/2 Uhr, „Deutscher Kaiser“.
Köppern i. T., Freitag, den 7. November,
abends 8 1/2 Uhr.
Leipzig, Reiseartikelbranche, Freitag,
den 7. November, abends 8 1/2 Uhr. — Geschier-
und Wagenbranche, Sonnabend, den 8. No-
vember, abends 8 1/2 Uhr, „Volkshaus“, Reiber
Straße 32.
Magdeburg, Sonnabend, den 8. November,
abends 8 1/2 Uhr, „Neue Welt“.
Mainz, Samstag, den 8. November, abends
8 1/2 Uhr, „Goldener Pfau“.
Mürnberg, Montag, den 3. November, abends
8 1/2 Uhr, „Gewerkschaftshaus“.
Potsdam, Donnerstag, den 6. November, abends
8 1/2 Uhr, Kaiser-Wilhelm-Straße 38.
Verden, Sonnabend, den 8. November, abends
8 1/2 Uhr, „Kopienblüte“.
Zwidau, Sonnabend, den 8. November, abends
8 1/2 Uhr.

ANZEIGEN

**Verband der Sattler und Portefeuller.
Ortsverwaltung Berlin.**

Achtung! **Achtung!**

Heimarbeiter der Lederwarenbranche!

Montag, den 10. November, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von
Graumann, Naumynstraße 27:

Außerordentliche Heimarbeiter-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Sind die Heimarbeiter gesetzlich verpflichtet Gewerbesteuern zu zahlen? Re-
ferent: Kollege Weinschild.
2. Welche Wirkungen zeitigt die Reichsversicherungsordnung für die Heimarbeiter
und unser Tarifverhältnis?
3. Verschiedenes.

Kollegen! Durch die Einführung der Reichsversicherungsordnung sind die Unternehmer
verpflichtet, Listen über die genauen Adressen der Heimarbeiter und deren erzielte Verdienste bei
der Behörde einzureichen.

Im Kreise Teltow-Beestow und Niederbarnim müssen die Heimarbeiter und ihre Hilfskräfte
Mitglieder der neuerrichteten Landkrankenkassen werden.

Eine weitere Folge wird sein, daß die Heimarbeiter zur Gewerbesteuer veranschlagt werden,
die 1 1/2 % des Einkommens beträgt. Außerdem werden die Heimarbeiter gezwungen, auch an die
Handwerkersammer Beiträge zu leisten.

All dieses begründen die Behörden damit, daß die Heimarbeiter ein selbständiges Gewerbe
betreiben.

Gegen diese Auslegung will der Verband der Sattler und Portefeuller eine Entscheidung
der höchsten Instanz herbeiführen und deshalb ist es nötig, daß alle zurzeit in der Heimindustrie
beschäftigten Lederwarenarbeiter pünktlich die oben bekanntgegebene Versammlung besuchen, um
gegen diese Mehrbelastung wirksam zu protestieren.

Die Branchenzeitung.

Tüchtige Portefeuller

auf bessere Damentaschen finden bei guter
Leistung dauernde Beschäftigung. Schriftliche
Offerten sind unter Chiffre Nr. 498 an die
Expedition dieses Blattes zu richten.

Ein tüchtiger, ganz selbständiger
Portefeuller

für bessere Damentaschen usw., der auch im Zuschnitt
erfahren sein muß, zum sofortigen Eintritt bei hohem
Lohn gesucht. Offerten unter 494 an die Expedition
dieser Zeitung.

Für jetzt oder später suche ich in dauernde
und angenehme Stellung einen

Täschner

welcher selbständig Maschine lötet und mit allen
einschlägigen Arbeiten vertraut ist.

Richard Hänel,
Koffer- und Taschensabrik,
Dresden, Pillnitzer Straße 5.

Teilzahlung

Uhren und Goldwaren, Photo-
optische Artikel, Sprechmaschinen,
Musikinstrumente, Spielwaren,
Zithern usw.

Kataloge gratis und franko liefern
Berlin A. 459,
Jonass & Co., Belle-Alliance-Str. 3.

Verwaltungsstelle Berlin.

Sonntag, den 23. November, nachmittags 4 Uhr,
in der Urania, Tautenstraße 48/49:

Sonder-Vorstellung.

Mit dem „Imperator“ nach New York.

Billetts à 60 Pf. inkl. Garderobe sind auf
dem Bureau sowie bei den Komiteemitgliedern zu
haben.

Billetts, welche bis zum 15. November nicht
zurückgegeben sind, gelten als verkauft.

Das Komitee.

Verwaltungsstelle Offenbach a. Main.

Fremdliche Einladung

zu unierem am

Samstag, den 22. November 1913 im
Gewerkschaftshaus, Austraße 9,
stattfindenden

- Herbst-Fest -
(Bunter Abend).

Mitwirkende: Frl. Etsriede Arendy, Konzert-
fängerin und Stimmphänomen, Herr Otto
Weber, Operetten-Tenor, Frl. Kath. Göh,
Konzertfängerin, Herr Kapellmeister Joh.
Sonnabend, sämtlich aus Halle a. d. S. —
Zentralverband der Zivilmusiker.

Nach dem Konzert bei doppeltem Orchester:

Ball.

Eintrittspreis im Vorverkauf 50 Pfennig,
an der Kasse 60 Pfennig.

Herren, die am Ball teilnehmen, zahlen 50 Pf.
nach. Kassenöffnung 7 Uhr, Anfang 8 Uhr.

Das Konzert findet ohne Restauration statt.
Die Saituren sind während der Aufführungen
geschlossen.

Die Ortsverwaltung.

Ein Gasthaus

in der Nähe von Zwidau zu verkaufen, passend für
Sattler, wo nur Landwirtschaft, 1000 Einwohner.
Offerten unter Chiffre 2750 postlagernd Verden i. S.

Die besten Werkzeuge für Sattler, Porte-
feuller und Tapezierer liefert als Spezialität
Bruno Steffen, Berlin SW. 19,
Lindenstr. 63
Gegründet 1880.
Preislisten S. P. gratis und franko.